

PFEIL



Nr. 2
September 2021

Das Infomagazin
der djo – Deutsche Jugend in Europa



**Bundestagswahl
2021**

BUNDESTAGSWAHLEN

Demokratische Teilhabe und Mitbestimmung fördern

Inhalt

3	Vorwort
	Bundesverband
4	70 Jahre djo – Deutsche Jugend in Europa
6	Graphic Recording, Gather.town und biografische Stadtführungen
7	JEM-Wochenende in Berlin
	Schwerpunktthema: Bundestagswahlen
9	Vorwort von Julian Christian
10	Begriffe rund ums Thema: Was bedeutet eigentlich..?
12	Unsere Wahlprüfsteine
16	Wahlalter senken
18	U18-Bundestagswahl und politische Bildung im Landesverband Niedersachsen
20	Von der Wahl mitbestimmt, aber nicht wahlberechtigt
23	Warum ist Wählen eigentlich so wichtig? – 10 gute Gründe
	Mitgliedsorganisationen
24	HIPP, HIPP, HURRA!
25	Akitu, das assyrische Neujahrsfest
26	Das Fachforum der djoNRW „Abgestempelt! Das Label „junge Geflüchtete“ auf dem DJHT 2021
28	Neue Wege mit alter Begeisterung
30	Meldungen
31	Ankündigungen
32	Termine / Impressum

Liebe Freundinnen und Freunde,



die Bundestagswahlen stehen kurz bevor und am 26. September heißt es wieder: Ran an die Wahlurne! Der 20. Deutsche Bundestag wird gewählt und damit die Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland.

Wer wählen darf, hat die Möglichkeit, die Politik aktiv mitzugestalten. Doch wer ist hierzulande eigentlich wahlberechtigt? Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes dürfen insgesamt ca. 60,4 Millionen Menschen von knapp 83 Millionen Einwohner_innen in Deutschland mit zwei Stimmen abstimmen – im Wahllokal oder per Brief. Die übrigen rund 20 Millionen Menschen sind von der Wahl ausgeschlossen. Hierzu zählen unter anderem Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Als Kinder- und Jugendverband, der in ganz Deutschland insbesondere Selbstorganisationen junger Zuwanderer_innen, Geflüchteter, Spätaussiedler_innen und Vertriebene vertritt, ist somit ein Großteil unserer Zielgruppe betroffen. Doch aus unserer Arbeit wissen wir, wie wichtig es ist, Kindern und Jugendlichen – mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit – demokratische Teilhabe und Mitbestimmung zu ermöglichen. Um die Grundrechte junger Menschen zu stärken, fordern wir ein Wahlrecht ab 14 Jahren. Damit aber nicht genug: Demokratie lebt von der aktiven politischen Beteiligung der gesamten Bevölkerung, momentan bildet sich die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Bundestagswahlen nicht ab. Wir fordern, dass die Knüpfung des Wahlrechts an die Staatsangehörigkeit aufgehoben werden muss, um perspektivisch eine Diskrepanz zwischen Bevölkerung und Wählerschaft zu verhindern.

In dieser PFEIL-Ausgabe zur Bundestagswahl 2021 kommt Professor Dr. Klaus Hurrelmann zu Wort, der nochmal deutlich macht, worin die Möglichkeiten eines Wahlrechts ab 14 Jahren liegen. Wir schauen außerdem zu unserem unmittelbaren Nachbarn: Julian Christian, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung BJV berichtet aus Österreich, wo das Wahlrecht ab 16 bereits im Jahr 2007 eingeführt wurde. Im Interview sind Menschen aus unserem Verband, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, aber gerne wählen und mitbestimmen möchten.

Zudem haben wir im Verband in diesem Wahljahr unsere Köpfe zusammengesteckt und herausgearbeitet, welche Fragen uns und unsere Mitglieder beschäftigen. Aus den Themenschwerpunkte „Antirassismus und Teilhabegerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft“, „Extremismusbekämpfung und Demokratiestärkung“, „Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland“ oder auch „Erinnerungskultur und Historische Verantwortung“ haben wir unseren Fragenkatalog an alle demokratischen Parteien im aktuellen Deutschen Bundestag geschickt. Eine Auswahl unserer Wahlprüfsteine stellen wir hier vor.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Lektüre! ▶

Hetav Tek
Bundsvorsitzende
djo – Deutsche Jugend in Europa

70 Jahre djo – Deutsche Jugend in Europa

Unsere virtuelle Jubiläumsfeier



In diesem zweiten, turbulenten Corona-Jahr, feiert die djo – Deutsche Jugend in Europa ihr 70. Jubiläum und reiht sich damit in die runden Geburtstage, Jubiläen und Festlichkeiten ein, die 2021 pandemiebedingt leider nicht angemessen gefeiert werden können. Auch wenn wir uns alle eine analoge Feier gewünscht haben – wir haben das Beste aus der Situation gemacht ... und hatten Spaß dabei!

Über 70 Mitglieder, Ehemalige und Freund_innen der djo – Deutsche Jugend in Europa kamen am 8. April im digitalen Feier-Raum zusammen, tauschten djo-Erinnerungen aus und teilten ihre Gedanken zu unserem

Verband. Gemeinsam rieten wir uns durch djo-Erinnerungsorte, begaben uns auf eine fotografische Zeitreise und lauschten Klassikern der djo-Musikwelt. Aber wir wollen nicht zu viel vorweg nehmen ...

Wipfel als Startschuss unserer digitaler Jubiläums-Feier

Unangenehme Stille am Anfang von Zoom-Treffen? Darum mussten wir uns dank unserer hochmotivierten und gesprächigen djo-Ehemaligen keine Sorge machen. Der frühzeitig geöffnete Zoom-Raum bot allen

die Möglichkeit, bekannte Gesichter zu begrüßen und fröhlich in die Kamera zu winken.

Toni Goldhammer, langjähriges Bundesvorstandsmitglied und sdj-lerin, war an diesem Abend unsere Moderatorin und übergab das Wort zunächst an Denis Petrovic von Amaro Drom. Denn der 8. April ist nicht nur der Gründungstag der djo – Deutsche Jugend in Europa, sondern auch der Internationale Tag der Rom_nja. Denis gab einen interessanten Einblick in deren Geschichte im Kontext dieses besonderen Tages.

Anlässlich des 70. Jubiläums griffen wir tief in die Foto-Kiste und durchstöberten unser Archiv. In einer Fotomontage ließen wir Impressionen aus 70 Jahren Verbandsgeschichte auf uns wirken, denn Bilder sagen ja bekannterweise manchmal mehr als 1000 Worte... An dieser Stelle kam auch unser Überraschungsgast ins Spiel. Mit einem, im Vorfeld verschickten, kleinen Geschenkpäckchen wollten wir ein wenig Jubiläumsluft zu unseren Gästen nach Hause bringen: Ein bisschen Tee und Schokolade als Nascherei für den Abend, ein paar djo-Souvenirs (die berühmte Anstecknadel durfte natürlich nicht fehlen) und ein ominöser Briefumschlag mit der Aufforderung, diesen gemeinsam mit allen am 8. April zu öffnen. Live über Zoom packten wir dann gemeinsam ein Set frischgedruckter djo-Briefmarken aus... und präsentierten das neue Logo des djo-Bundesverbands!

Festliche Worte zum festlichen Anlass

Anschließend übernahm unsere Bundesvorsitzende Hetav Tek und thematisierte in ih- ►►

» rer Begrüßungsrede für den Verband damals wie heute relevante Fragen: „Wie lässt sich zwischen Vergangenheit und Gegenwart eine Brücke bilden? Wie können wir voneinander lernen und uns gegenseitig unterstützen? Wie können wir Versöhnung schaffen? Die djo – Deutsche Jugend in Europa steht für eine pluralistische, dynamische und offene Erinnerungskultur, die die Vielfalt der Geschichten in unserem Verband und unserer Gesellschaft zelebriert und respektiert. Wir möchten diese Vielfältigkeit von Geschichten und Erinnerungen und die Stärke, die davon ausgeht, auch in den nächsten 70 Jahren nach außen tragen.“

Auch Frank Jelitto, ehemaliger djo-Bundesgeschäftsführer, erzählte in seiner unverblühten und frischen Art von den 2000er Jahren und der Öffnung des Verbands. Wir danken Frank für seinen spannenden Einblick in die Geschichte und den konstruktiv-kritischen Blick auf vergangene und aktuelle Aufgaben des Verbands!

Ein Versuch, die Zoom-Müdigkeit zu besiegen

Für unsere Online-Jubiläumsfeier haben wir uns vorgenommen, die Standard-Zoom-Kachel-Konferenz aufzubrechen und dem Auge etwas Abwechslung zu bieten. Also nutzten wir Google Street View für unser djo-Erinnerungsorte-Quiz und gelangten virtuell zu einigen Erinnerungsorten des Verbands und seinen Mitgliedern. Wir reisten zum Pergamonmuseum und Sinti_ zze-und-Rom_nja-Denkmal in Berlin, zur Wasserkuppe und zur Burg Ludwigstein, dem Gründungsort des Verbands. Wir überquerten sogar die Grenzen Deutschlands und machten uns auf nach Temeswar in Rumänien und Riga in Lettland. Das war nur ein kleiner Einblick in die vielen Orte, die für uns und unsere Gliederungen von Bedeutung sind. Wir werden uns in unserem Themenjahr „Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft“ weiterhin mit verschiedenen Erinnerungsorten, die für den Verband relevant sind, beschäftigen.

Auch unsere Pausen wollten wir nicht stillschweigend verstreichen lassen. Dafür durchforsteten wir die djo-Mediatheken, bespielten den Zoomraum mit dem alten djo-Klassiker „Wir wollen Brücke sein“, dem Sommertreffen-Rap und natürlich ... „Lambadina“ von Singsasylym Dresden.

Stell dir vor, die djo – Deutsche Jugend in Europa wäre ...

Nach dem vielen Zuhören und Mitdenken wurde es Zeit für ein gemeinsames Aktivwerden! Wir verteilten uns in virtuelle Arbeitsräume und beschäftigten uns mit verschiedenen Seiten derselben Medaille: Wäre der Verband ein Wesen, Pflanze, Gebäude, Gericht und Fahrzeug ... wie wäre er denn dann? Wir fragten uns: Was verbinden wir mit der djo – Deutsche Jugend in Europa? Wie sehen wir sie? Und wie sieht es eigentlich mit der Zukunft aus? In Kleingruppen tobten wir uns in einer gemeinsamen Mal-Aktion am Zoom-Whiteboard aus.

Wir waren, wir sind und wir bleiben ein Jugendverband! Und ganz in jugendverband-

licher Manier entschieden wir uns für den Schlussteil unserer Jubiläumsfeier etwas Neues und Experimentelles auszuprobieren. So verlegten wir den informellen Ausklang unseres gemeinsamen Abends in die Räume von Gather.town, einem neuen Online-Konferenz-Tool. Leichtes Chaos beim Betreten der Plattform gehörte natürlich dazu. Doch nach ein wenig Hin und Her fanden wir hier, was uns sonst bei digitalen Treffen in Pandemiezeiten verwehrt bleibt: Ausschweifende Gespräche über theoretische Mathematik am Kaminfeuer und ein harter Kern, dem auch Bildschirm-Kommunikation nicht die Sprache verschlägt.

Der djo-Bundesverband möchte sich noch einmal ganz herzlich bei allen Teilnehmenden und Gästen für die Flexibilität, gute Laune und Offenheit für Neues bedanken! Auf die nächsten 70 Jahre djo – Deutsche Jugend in Europa und baldige Begegnungen in Analog. ▶

Renata Gußmann

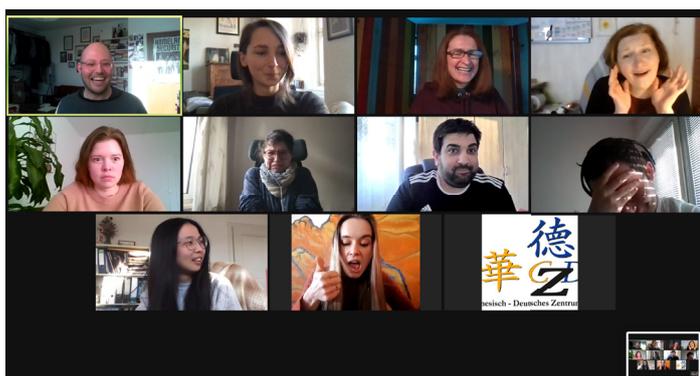
Referentin für Kulturelle Jugendbildung
djo – Deutsche Jugend in Europa

◀ Wenn die djo ein Ort wäre ...



Graphic Recording, Gather.town und biografische Stadtführungen

Eine Woche djo-Akademie im Digitalen



▲ Mit der stuhlkreis_revolve auf der ICE-Toilette

Ein Jahr Pandemie. Wir haben viel dazugelernt und gleichzeitig noch viele Fragen. Einige davon haben wir versucht auf der diesjährigen djo-Akademie, die pandemiebedingt wieder digital stattgefunden hat, zu beantworten.

Was gibt es eigentlich noch für Videokonferenztools neben Zoom oder Microsoft Teams, die wir im letzten Jahr ja alle zur Genüge genutzt haben? Im Workshop mit Daria Luchnikova vom Jugendclub IUVENTUS e.V. konnten wir das Tool Gather.town besser kennenlernen. Darin bewegt man sich mit kleinen Avataren und kann sich sogar eine virtuelle Vereinswelt aufbauen, BarCamps abhalten oder einfach zu einem Plausch am „Büffet“ zusammenkommen.

Wie können wir in herausfordernden Situationen stets das Positive erkennen? Im Workshop „Resilienz-Tools – mit innerer Stärke und Leichtigkeit durch den Alltag!“ mit Trainerin, Schauspielerin und Aktivistin Liviana Bath haben wir ein paar Methoden an die Hand bekommen, den Pandemiealltag besser zu meistern.

Und wie können Online-Meetings lebendiger gestaltet werden? Julian Knop von der stuhlkreis_revolve hatte einige Antworten parat. Manchmal hilft es schon, sich zwischendurch mal durchzuschütteln.

Lehrreich und unterhaltsam war auch der Graphic Recording-Workshop unter der Leitung von Benjamin Felis. Er hat uns nicht nur die Grundlagen zu Schrift, Formen, Figuren und Farbe beigebracht und uns gezeigt, wie wir unsere Flipcharts und Workshopunterlagen in

Zukunft grafisch aufpeppen können, sondern auch mit seiner musikalischen Begleitung für Freude und Leichtigkeit gesorgt.

Unsere Abenddiskussion „Wie steht es mit der Inklusion in der Jugend(verbands)arbeit?“ griff die Tatsache auf, dass es innerhalb der djo – Deutsche Jugend in Europa zwar einzelne Projekte und Vereine gibt, die inklusiv arbeiten, in unserem Verband aber weiterhin nicht-inklusive Maßnahmen stark überwiegen. Über den Stand der Inklusion bei uns sowie in der Jugendverbandsarbeit allgemein diskutierten die djo-Mitglieder Daria Luchnikova, Leiterin des inklusiven BAMF-Projekts „Blickpunkt. Leipzig ohne Vorurteile“, und Tanja Rußack, Geschäftsführerin des djo-LV Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit Lisa Eisenbarth (Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) e. V.), Daniela Rotella (Fachbereich Inklusion beim Bayerischen Jugendring) sowie David Lebuser (Sit'n'skate - Destroying Stereotypes!). Unter Moderation der djo-Referentin Sarah Hanke benannte die Runde Hemmnisse und Lücken, verwies aber auch auf zentrale Faktoren und Rahmenbedingungen für inklusive Jugendverbandsarbeit und gab Einblicke in Best Practices.

Am Wochenende haben wir uns zwei weiteren wichtigen Themen etwas intensiver gewidmet: Im Workshop „Wir können etwas tun – sexuelle Selbstbestimmung und Schutz vor sexualisierter Gewalt“, begleitet von Sozial- und Sexualpädagoge Michael Kröger, konnten wir in einem geschützten Raum erfahren, was wir alle selbst und gemeinsam tun können um sexuelle Selbstbestimmung zu ermöglichen und sexualisierte Gewalt zu verhindern. Den Abschluss bildete der Workshop „Wem gehört die Stadt? How to... biografische Stadtführungen analog und digital“ in dem wir Stadtführungen als Format der politischen Bildung kennenlernen konnten.

Nicht zu vergessen: In den Mittagsgesprächen pünktlich zur Mittagspause wurden die Fördermittelgeber Fonds Soziokultur, die Postcode Lotterie und Software AG Stiftung vorgestellt. ▶

Catherine Knauf

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, djo – Deutsche Jugend in Europa

Die nächste djo-Akademie findet im Frühjahr 2022 statt.

JEM-Wochenende in Berlin

ARI e.V. Vorstand berichtet über das JEM-Projekt Treffen von 2. bis 4. Juli in Berlin



Wenn man in einem Vorstand für einen Verein aktiv ist, der bundesweit tätig ist und sich nicht nur auf eine Region beschränkt, sind in der Regel auch die Vorstandsmitglieder sehr verstreut. Bei ARI e.V. sieht das nicht anders aus, umso mehr hat es uns gefreut, als wir es geschafft haben, in Zusammenarbeit mit der djo – Deutsche Jugend in Europa ein Wochenende festzuhalten, in dem wir uns alle persönlich in Berlin treffen würden. Aufgrund der letzten Corona-Monate hatte sich nämlich der ARI-Vorstand noch nie in Person getroffen und war in einer digitalen Mitgliederversammlung gewählt worden.

Also machten wir Vorstandsmitglieder uns am 02.07.2021 aus sieben unterschiedlichen Städten auf den Weg zur DJH Jugendherberge Berlin Ostkreuz. Wir wussten zwar, dass uns ein Kickoff zum JEM-Projekt (JEM – Jungendliches Engagement in Migrant_innenorganisationen) erwarten würde, was genau die Inhalte davon sein würden, blieb aber teilweise noch abzuwarten.

In der Jugendherberge wurden wir nach unserer Ankunft herzlich von NiNa empfangen, unsere Ansprechperson zum JEM-Projekt. Nachdem auch die letzten von uns in der Jugendherberge eingekcheckt hatten, gab es noch ein gemütliches Abendessen mit Burger und dem Belgien-Italien EM-Spiel.

Am Samstagmorgen ging dann nach dem Frühstück das Programm erstmal mit einer Vorstellungsrunde los, in der das Eis zwischen dem ARI-Team und den djo – Deutsche Jugend in Europa - Zuständigen NiNa und Ava gebrochen wurde. In der darauffolgenden Sitzung wurden uns genauer Ideen und Inhalte des JEM-Projekts vorgestellt: Postmigrantische Jugendvereine stärken, gesellschaftspolitisches Engagement empowern und Jugendliche durch Beratung und Workshops neue Türen in der Vereinswelt öffnen.

Nach dieser ersten Einheit folgte ein Workshop mit der externen Trainerin Nurêy. Die Zeit mit Nurêy hat uns im ARI-Team vor allem ►►

» dazu verhelfen, dass jede*r von uns Vorstandsmitgliedern in sich gehen konnte und in Ruhe darüber nachdenken konnte, was unsere Wünsche und Anliegen sind in Bezug auf ARI e.V. Diese haben wir zuerst für uns notiert und dann auf einer Flipchart gesammelt und nach Prioritäten kategorisiert. Plötzlich wurden aus vielen unterschiedlichen Ideen und Anliegen klar strukturierte Ziele, die terminiert und dokumentiert schwarz auf weiß vor uns hingen.

Das war umso hilfreicher für unsere nächste Einheit, bei der wir wieder mit NiNa und Ava zusammengekommen sind, um ihnen diese Ziele und Wünsche mitzuteilen. Gemeinsam haben wir einen Zeitplan besprochen, wie wir diese Punkte angehen möchten. Uns bei ARI liegt hierbei vor allem viel daran, unsere bisherigen Projekte wie Jugendtreffs, Mitgliederwochenenden und andere Freizeitangebote so kostengünstig wie möglich anbieten zu können, um allen jungen Armenier*innen zu ermöglichen, daran teilzunehmen. Außerdem möchten wir unser Spektrum an Aktivitäten in Zukunft noch mehr erweitern.

Nach diesem produktiven Austausch haben wir gemeinsam ein paar weitere Teambuilding-Energizer durchgeführt. Eine besonders Herausfordernde darunter: Eine Person vom Team muss mit fest verschlossenen Augen voraus rennen, darauf vertrauend, dass die anderen Teammitglieder vor ihr sie entweder abfedern oder "Stopp" rufen sobald das erste Hindernis auf ihrem Weg aufkreuzt.

Der Tag wurde damit abgeschlossen, dass wir noch ein bisschen Zeit hatten, die wir teamintern gestalten konnten, um ein paar wichtige Vereinsangelegenheiten zu klären. Nach diesem vollen Samstagprogramm hat das ARI-Team den Abend locker in einer Karaoke Bar ausklingen lassen - es wurden auf jeden Fall neue Gesangstalente unter uns entdeckt, so viel kann gesagt sein.

Der Sonntagmorgen startete dann glücklicherweise nicht allzu früh mit einer letzten kleinen Runde zum JEM-Projekt. Hierbei haben wir uns zuerst nochmal als Teil des Vereins reflektiert und jede*r von uns bekam gleichzeitig die Möglichkeit, in sich zu gehen und seine/ihre konkrete Rolle im Verein zu erkennen. Da der Sonntag der letzte Tag des Kick-Offs sein würde, hatten wir nochmal die Chance, letzte Fragen zu dem Projekt zu klären, die noch offen geblieben sind. Dabei konnten wir am Ende aus dem Wochenende mit einer klaren Vorstellung darüber gehen, was uns im JEM-Projekt erwarten wird.

Zuletzt wurde uns noch die Möglichkeit geboten, Feedback zu geben und dabei das Wochenende Revue passieren zu lassen. Unsere Erwartungen waren übertroffen worden und neben Teambuildingmaßnahmen war nun der direkte Kontakt zum neuen DJO-Team vorhanden, was unsere zukünftige Arbeit auf positive Weise beeinflussen wird. Der Abschied war dementsprechend schwer, aber wir blicken zurück auf drei sehr wertvolle Tage für die Zukunft von ARI! ▶

djo Projekt: JEM – Jugendliches Engagement in Migrant_innen- organisationen. Aufbau und Stärkung migrantischer Jugend(verbands)strukturen

Im Januar ist das JEM-Projekt gestartet. Es läuft bis zum 30.06.2022 und wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Das JEM-Projekt knüpft an das djo-Projekt „Jugend 2014“ an, in dessen Folge es gelungen ist, für die MJSO eine Regelförderung über den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) zu erreichen.

Das JEM-Projekt richtet sich an jugendliche Engagierte in Migrant_innenorganisationen und aus den jeweiligen Communities aus dem gesamten Bundesgebiet. Ziel ist es, eigenständige migrantische Jugend(verbands)strukturen, z.B. weitere MJSO, aufzubauen, zu vernetzen und zu stärken. Das Projekt will außerdem dazu beitragen, die Sichtbarkeit jugendlichen (post)migrantischen Engagements zu erhöhen. Das Projekt möchte mit gesellschaftspolitischen Botschaften auch in das gesamte Feld (jugendlichen) (post)migrantischen Engagements hineinwirken. Es wird außerdem Lobbyarbeit auf jugendpolitischer Ebene leisten und auch politische Entscheidungsträger_innen auf Bundesebene ansprechen.

Im JEM-Projekt werden die Teilnehmenden als Multiplikator_innen ausgebildet. Sie werden vom JEM-Team individuell in ihrer Ideenentwicklung und Projektumsetzung begleitet. Alle JEM-Angebote werden gemeinsam mit den Jugend-Teams auf der Grundlage ihrer Wünsche und Bedarfe entwickelt. Das Projekt-Team organisiert danach vielfältige Angebote, z.B. Fortbildungen und Workshops mit Expert_innen, Wissenstransfer und Vernetzung mit verschiedenen MJSO. Außerdem hat jedes Jugend-Team ein eigenes Budget, um selbstorganisierte Aktivitäten umzusetzen und nimmt an Gesprächen mit Akteur_innen der Jugendpolitik teil.

Auch auf der Webseite von ARI e.V. zu lesen:
www.arijt.de/ari-vorstand-jem-wochenende-in-berlin/#



JEM

JUGENDLICHES
ENGAGEMENT IN
MIGRANT_INNENORGANISATIONEN

Vorwort

Foto © Bundesjugendvertretung



Jungen Menschen wird häufig unterstellt, sie seien politikverdrossen. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: Jugendliche interessieren sich für Politik und haben ein ausgeprägtes Demokratiebewusstsein. Sie interessieren sich für Themen, die sie betreffen, und wollen mitgestalten, wenn ihnen dafür entsprechende Möglichkeiten geboten werden. Das zeigt auch ihr breites Engagement in ehrenamtlichen Organisationen, Vereinen, Bewegungen und politischen Parteien.

Als Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich setzt sich die Bundesjugendvertretung (BJV) seit ihrem Bestehen für bessere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen ein – schließlich ist Partizipation der thematische Dreh- und Angelpunkt all ihrer Anliegen und Aktivitäten. Für diesen Einsatz gibt es zwei wesentliche Beweggründe: Einerseits erleben wir als BJV tagtäglich, mit welchem Engagement Jugendliche in unseren Mitgliedsorganisationen aktiv sind und sich für Werte wie Gerechtigkeit und Freiheit einsetzen – das zeugt von gelebtem Demokratiebewusstsein. Andererseits belegen Studien, dass ein hohes Demokratiebewusstsein und Wertschätzung für die Demokratie zu den stärksten Motiven der politischen Beteiligung von Jugendlichen zählen.

2007 senkte Österreich als erstes Land in Europa das Wahlalter auf 16 Jahre – eine Errungenschaft, für die die BJV jahrelang ge-

kämpft hat und die Österreich europaweit zum Vorbild macht. Doch politische Partizipation beginnt und endet nicht mit einem Kreuz am Wahlzettel. Neben dem Gang zur Urne gibt es auch andere sinnvolle Formen der Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen, wie z.B. das Jugendparlament oder das Jugendforum. Das aktive Wahlrecht ist aber nichtsdestotrotz die verbindlichste Form der demokratischen Einbindung. An Wahlen teilzunehmen bedeutet politische Teilhabe und damit das Gefühl dazuzugehören, ernst genommen sowie wertgeschätzt zu werden. Das Wahlrecht ist der Grundpfeiler einer liberalen und aufgeklärten Gesellschaft und deshalb versucht die BJV möglichst viele junge Menschen dazu zu motivieren, von ihrer Stimme auch Gebrauch zu machen. Denn nur wer mitredet, kann auch gehört werden.

Der Senkung des Wahlalters sollten aus Sicht der BJV jedenfalls weitere Maßnahmen folgen, insbesondere z.B. die flächendeckende Einführung von Politischer Bildung als eigenes Fach ab der fünften Schulstufe. Demokratiebewusstsein lässt sich dadurch fördern, dass Jugendliche in (politische) Prozesse und Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, in entsprechender Weise einbezogen werden. Das beginnt im konkreten Lebensumfeld, in der Schule und am Ausbildungsplatz sowie in der Gemeinde – ein konsequenter Dialog kennt nach oben hin keine Grenzen. Ob Beteiligung als Bereicherung und Erfolg wahrgenommen wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Gibt es ein Commitment seitens politischer VerantwortungsträgerInnen zum Prozess? Gibt es eine grundlegende Offenheit aller Beteiligten oder können junge Menschen das behandelte Thema mit ihrer Lebenswelt in Verbindung bringen? Fest steht: Jugendbeteiligung ist aus Sicht der BJV besonders lohnend. Warum? Wenn es um Demokratie als zukunftsfähiges Politikmodell und ein gutes Leben für alle geht, dann rücken meist reflexartig jüngere Generationen in den Fokus. Dies passiert auch völlig zu Recht – solange es nicht bei Sprüchen wie „Ihr Jungen seid die Zukunft“ bleibt, sondern ernstgemeinte Beteiligung und Förderung von Engagement bereits in der Gegenwart ansetzen. ▶

Julian Christian

Vorsitzender der Bundesjugendvertretung

**Bundes
Jugend
Vertretung**

Was bedeutet eigentlich ...

Freie und anonyme Wahlen sind der essentielle Bestandteil einer Demokratie. Die Teilnahme und Berechtigung zur Wahl geben uns die Möglichkeit, die Politik im Land aktiv mitzugestalten. Hier ein paar wissenswerte Fakten zum Thema Wahlen:

Wer darf in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich wählen?

Wählen dürfen alle Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die am Wahltag ihr 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in Deutschland leben, also dort ihren festen Wohnsitz haben. Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im Ausland leben, dürfen in der Regel ebenso an den Wahlen teilnehmen¹. Das Lebensalter und die deutsche Staatsangehörigkeit sind also der Schlüssel zur aktiven Mitbestimmung in Deutschland. Seit 1992 gibt es jedoch eine Ausnahme die besagt, dass auch Personen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit auf kommunaler Ebene wählen dürfen, wenn sie die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates besitzen. Personen mit anderer Staatsangehörigkeit haben in Gemeinden oder kommunalen Gremien die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren. Migrant_innen, die in Deutschland geboren sind und seit vielen Jahren in der BRD leben, können eingebürgert werden und sind nach Vollzug ebenfalls wahlberechtigt².

Wer wird von Wahlen ausgeschlossen?

Personen mit anderer Staatsangehörigkeit besitzen weder das passive noch das aktive Wahlrecht und werden von jeglichen Wahlen ausgeschlossen. Dies gilt auch für deutsche Staatsbürger_innen, denen durch ein richterliches Urteil das Wahlrecht entzogen wurde. Straftäter_innen, die wegen ihres Geisteszustandes für schuldunfähig erklärt wurden und in einer psychiatrischen Einrichtung leben, wird ebenfalls das Wahlrecht aberkannt³.

Seit wann gibt es eigentlich Wahlen ab 18 Jahren?

Erst ab 1975 werden junge Menschen mit 18 Jahren als volljährig angesehen und es ist den wahlberechtigten Bürger_innen erlaubt, wählen zu gehen. Zuvor lag das Mindestwahlalter bei 21 Jahren. In den 1960er Jahren gab es zahlreiche Studentenproteste, die ihren Unmut über verschiedene politische Themen kundtaten, wie beispielsweise die mangelnde Aufarbeitung der NS-Zeit. Mit der Senkung des Wahlalters und der Möglichkeit zur aktiven politischen Teilhabe, gewinnt die Meinung junger Wähler_innen mehr an Gewicht⁴. ▶▶

Ein langer Weg bis zu demokratischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland⁹

Freie und demokratische Wahlen waren in Deutschland nicht immer selbstverständlich. Von der Zeit des Kaiserreichs, des dritten Reichs bis heute hat eine große politische Umstrukturierung stattgefunden, die es den Wahlberechtigten heute ermöglicht, wählen zu gehen!





▶ Ist ein Wahlrecht ab 16 Jahren in naher Zukunft denkbar?

Schon seit vielen Jahren besteht immer wieder die Diskussion über das Absenken des Wahlalters. Im Jahr 1975 wurde das Alter von 21 auf 18 Jahren abgesenkt und heute debattiert man über die Möglichkeit des Wählens ab 16 Jahren. Sogar die Forderung, das Alter auf 12 Jahre herabzusetzen ist im Gespräch. Gründe dafür sind überwiegend, dass man auch Kindern und Jugendlichen eine politische Stimme geben sollte, denn auch die Interessen der Jüngsten sollen bedacht und gehört werden⁵. Dies zeigt zur heutigen Zeit beispielsweise die Klimaschutzbewegung „Fridays for future“ sehr deutlich, in der vor allem auch Schüler_innen politische Entscheidungen kritisieren und sich für eine klimafreundliche Welt einsetzen. Durch den demographischen Wandel besteht ebenso die Befürchtung, dass die Alten zukünftige Entscheidungen treffen, die sie aber durch ihr hohes Alter gar nicht mehr tangieren werden, sondern die Generation der Kinder und Jugendlichen. Kritiker_innen halten die Herabsetzung des Wahlalters als bedenklich, da nicht alle Jugendlichen die nötige Reife aufweisen würden, die es braucht, um dem Privileg des Wählens nachgehen zu dürfen. Trotz dieser Bedenken bieten einige Bundesländer den 16-jährigen auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, durch die Wahl an der politischen Zukunft teilzuhaben. Ob es tatsächlich zu einer Absenkung des Wahlalters für zukünftige Bundeswahlen kommt, bleibt abzuwarten⁶.

Wissenswertes zur Briefwahl

Immer mehr Menschen in Deutschland entscheiden sich für die Briefwahl. 2017 gab es einen Zuwachs von 4,3 %, wenn man die Zahlen mit der Bundestagswahl 2013 vergleicht. Auch in diesem Jahr ist eine Steigerung zu erwarten. Eingeführt wird die Briefwahl 1957, um sicherzustellen, dass jede_r wahlberechtigte Bürger_in die Chance bekommt, seine Stimme abzugeben. Der persönliche Gesundheitszustand oder der aktuelle Aufenthaltsort sollen kein Hindernis darstellen. Wenn es am Wahltag selbst zu der Stimmenauszählung kommt, werden die Briefwahlunterlagen geöffnet, nach formaler Richtigkeit überprüft und dann zu den anderen Stimmzetteln gelegt. Ob die Briefwahl unter Beobachtung oder fremden Einfluss stattgefunden hat, kann man jedoch nicht nachvollziehen⁷.

Wie viele Wahlberechtigte haben bei der letzten Bundestagswahl 2017 überhaupt gewählt?

Bei der vorherigen Bundestagswahl im September 2017 gab es 61.688.485 wahlberechtigte Wähler_innen. Davon haben sich 76,2 % der Bürger_innen an der Wahl beteiligt⁸.

¹ Vgl.: www.bundestag.de/services/glossar/glossar/W/wahlberechtigte-246368. 20.07.21

² Vgl.: www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/auslaenderwahlrecht/auslaenderwahlrecht-node.html. 20.07.21

³ Vgl.: www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/auslaenderwahlrecht/auslaenderwahlrecht-node.html. 20.07.21

⁴ Vgl.: www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/311559/vor-50-jahren-wahlrecht-fuer-18-jaehrige. 20.07.21

⁵ Vgl.: www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/absenkung-des-wahlalters-eine-jugend-und-gesellschaftspolitische-debatte-nimmt-neuenschwung/. 21.07.21

⁶ Vgl.: www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/absenkung-des-wahlalters-eine-jugend-und-gesellschaftspolitische-debatte-nimmt-neuenschwung/. 21.07.21

⁷ Vgl.: www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/briefwahl-109.html. 21.07.21

⁸ Vgl.: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/. 23.07.21

⁹ www.bundestagswahl-bw.de/geschichte-des-wahlrechts#c71785. 21.07.21

1975

18-jährige Menschen besitzen aktives und passives Wahlrecht und werden als volljährig angesehen

1953

Einführung der Erst- und Zweitstimme

Unsere Wahlprüfsteine

Im Frühjahr haben wir uns zusammengesetzt und herausgearbeitet, welche Fragen uns als Verband beschäftigen. Aus verschiedenen Themenschwerpunkten haben wir unseren Fragenkatalog an die CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, die SPD, die Linke und die FDP geschickt. Die Antworten auf die Fragen zu Extremismusbekämpfung und Demokratiestärkung sowie zur Ausweitung des Wahlrechts zugunsten von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen wir hier vor.

1.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die in ihrer Arbeit Rechtsextremismus und Gewalt entgegenwirken, leisten einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des demokratischen Zusammenlebens. Plant Ihre Partei Maßnahmen, um zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken? Welche sind diese?

Die CDU/CSU

CDU und CSU treten jeder Form von Extremismus und Rassismus entschieden entgegen. Der im vergangenen Jahr von der unionsgeführten Bundesregierung verabschiedete Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus berücksichtigt auch die Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere der Migrantenorganisationen, der Wissenschaft und der Länder. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bundesregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten. Dies dient auch der Information der Zivilgesellschaft. Die Vorhaben zur Wahrung der Erinnerungskultur, die Aufarbeitung der NS-Zeit und der SED-Diktatur zur Schärfung des Bewusstseins der nachkommenden Generationen gegen Antisemitismus, Rassismus und Extremismus bleiben für uns dauerhafte Aufgaben. Mit der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ werden wir an historischen Orten Rückschau auf demokratische Sternstunden halten, um die Kräfte der Zivilgesellschaft und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ wollen wir ausbauen und die Zeitzeugenarbeit in das digitale Zeitalter führen.

Die FDP

Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen. Wir Freie Demokraten machen uns deswegen stark für unsere freiheitliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat daher einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und rechtsextremer Gewalt (BT-Drs.19/17743) vorgelegt. Darin setzen wir uns für die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen ein. Wir fordern darin unter anderem ein finanzielles Sofortprogramm gegen Antisemitismus und Rassismus, um sinnvolle Projekte zur Aufklärung, Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus finanziell auf eine stabile Grundlage zu stellen. Der Bund sollte darüber hinaus die Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme zu unterschiedlichen Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen.

Die SPD

Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene fördern. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Deshalb setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz ein, mit dem wir auch perspektivisch demokratische Strukturen unterstützen und Extremismus entgegenwirken können.

Wir wollen denen den Rücken stärken, die sich für eine offene, vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Miteinander einsetzen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Kampf gegen Rechtsextremismus entscheiden sich vor allem vor Ort, da, wo Nachbarn und Dorfgemeinschaften zusammenkommen.



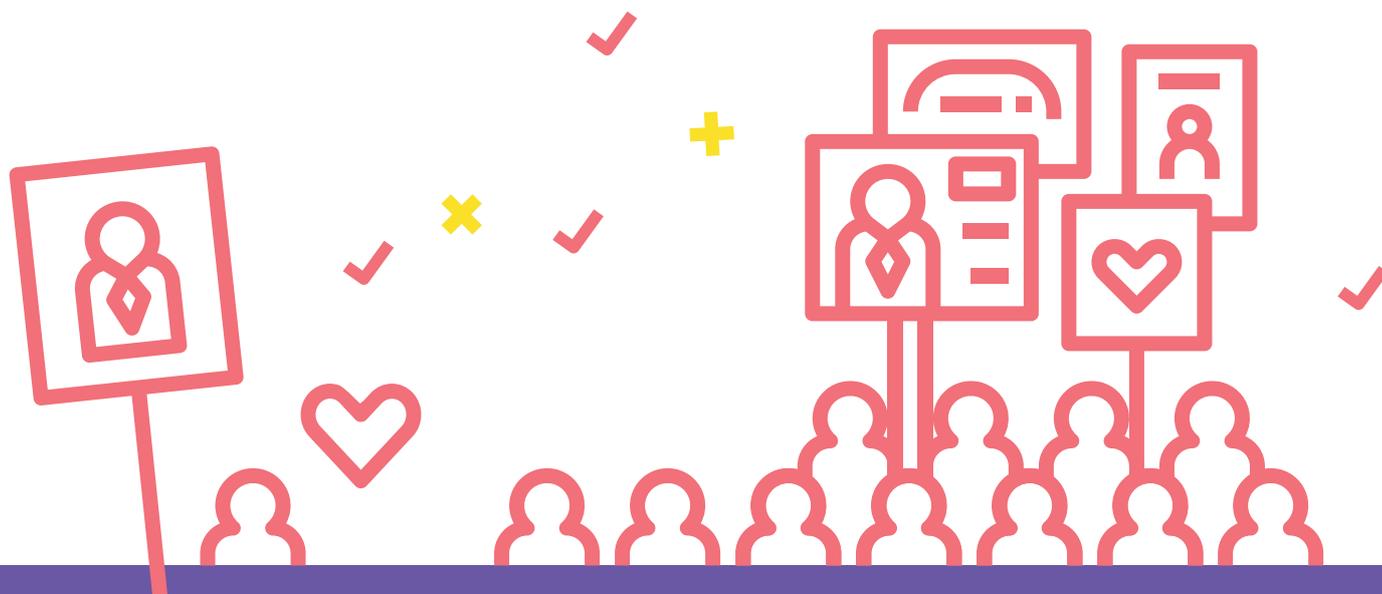


» Bündnis 90/Die Grünen

Eine lebendige Zivilgesellschaft, wozu selbstverständlich auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt zählt, ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise den Kampf gegen Rassismus, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir ihr Engagement und das demokratiebelebender Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern. Dabei muss die Zivilgesellschaft weiterhin inhaltlich unabhängig, innovativ und nach eigenen fachlichen Kriterien arbeiten können und vor Übergriffen geschützt werden.

Die Linke

Wir fordern, Initiativen und Einrichtungen zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe, der Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien und die Beratung der Opfer rechter Gewalt dauerhaft und nicht mehr über Projektförderung zu finanzieren. Wir wollen eine „Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung aller Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindschaft“ schaffen, deren Aufgabe unter anderem die Mittelvergabe in diesem Bereich sein soll. Daneben soll sie die Erkenntnisse, die aus der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenkommen wissenschaftlich aufbereiten und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.



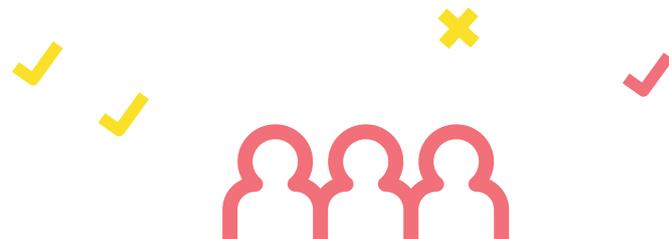


2.

In Deutschland lebende EU-Bürger_innen können nur auf kommunaler Ebene wählen, Menschen mit Migrationsgeschichte aus einem Nicht-EU-Staat werden von Wahlen meist ausgeschlossen. Wie stehen Sie zu einer Ausweitung des Wahlrechts zugunsten von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit?

Die CDU/CSU

CDU und CSU lehnen die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts für nicht EU-Bürger ab. Verfassungsrechtlich ist ein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige nicht möglich, da die aktive und passive Teilnahme an Wahlen laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die deutsche Staatsangehörigkeit voraussetzt. Anders ist es nur bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates. Sie haben durch Art. 28 Abs. 1 S. 3 des Grundgesetzes die Möglichkeit, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Darüber hinaus sollte das Wahlrecht aber nur für Menschen da sein, die sich zu unserem Land bekennen wollen und deshalb die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten annehmen.



Die SPD

Die SPD ist der Ansicht, dass gerade diejenigen, die hier leben, ihr direktes Lebensumfeld in den Kommunen politisch mitgestalten können sollten. Politische Partizipation ist ein Teil der Integration; daher fordern wir gleiche Pflichten und Rechte für alle rechtmäßig in den Kommunen lebenden Menschen. Das umfasst auch das kommunale Wahlrecht.

Die FDP

Wir Freie Demokraten begreifen die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit als Ergebnis und Ziel einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft. Es ist für das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland wertvoll, wenn Menschen, die in Deutschland geboren sind oder ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen werden, über eine Einbürgerung auch rechtlich Teil des Staatsvolkes werden. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht sollte im Fall einer Einbürgerung grundsätzlich auch die Mehrstaatigkeit zulassen. Ab der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten sollten sich Menschen dann für eine

Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, außer wenn mit dem Verlust der Aufgabe der zweiten Staatsangehörigkeit rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile verbunden sind, sie nicht auf sie verzichten können oder es sich um die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates handelt. Wir fordern für Einwanderinnen und Einwanderer zudem einen vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit nach insgesamt vier Jahren. Für uns Freie Demokraten ist die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit einschließlich des damit verbundenen Wahlrechts das

Ergebnis und Ziel einer gelungenen Integration. Wir fordern daher die vereinfachte Einbürgerung nach bereits vier Jahren (s.o.) und setzen uns außerdem dafür ein, dass das deutsche Staatsangehörigkeitenrecht im Fall einer Einbürgerung grundsätzlich auch die Mehrstaatigkeit zulässt. Die Einführung eines solchen liberalen Staatsangehörigkeitenrechts würde die praktische Relevanz eines verfassungsrechtlich umstrittenen Ausländerwahlrechts nach unserer Überzeugung insgesamt bedeutend relativieren.



Unsere Positionen und Fragen sowie die Antworten der Parteien findet ihr unter:

www.djo.de/wahlpruefsteine/

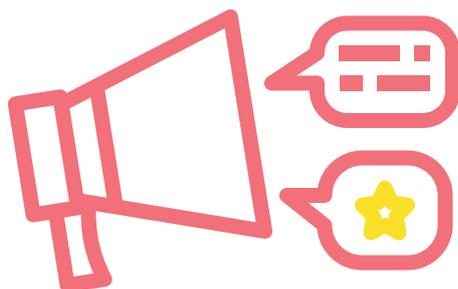


Die Linke

Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant:innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.

Bündnis 90/Die Grünen

Staatliches Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und Gleichberechtigung sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen. In einem ersten Schritt werden wir GRÜNE das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.



Wahlalter senken

Ein Interview mit Dr. Klaus Hurrelmann

Foto © Hertie School of Governance



Professor Dr. Klaus Hurrelmann

Herausgeber zahlreicher Jugendstudien und Dozent an der Hertie School of Governance, fordert seit vielen Jahren, das Wahlalter zu senken. Wir wollen das ebenfalls und haben deswegen mit ihm über Kritik an unserer Forderung nach einer Wahlaltersenkung gesprochen sowie über die Chancen für eine Politisierung junger Menschen.

Hier geht es zur Aktion #WahlalterSenken vom DBJR:

www.dbjr.de/xtra/wahlaltersenzen/

Kritiker*innen befürchten, dass mit einer Absenkung des Wahlalters eine Entwertung des Wahlrechts einhergeht. Was sagen Sie zu diesem Einwand?

Ich würde eher das Gegenteil erwarten. Wenn das Wahlalter gesenkt wird, dann wird allen Menschen bewusst: Wir müssen darüber nachdenken, was eigentlich die Voraussetzungen für das Recht sind, an einer Wahl teilzunehmen. Die Diskussion richtet sich dann auf das wirklich Wesentliche: Es kommt darauf an, dass ein Mensch in der Lage ist, einzuschätzen, was zur Wahl steht; also welche Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Auffassungen – die in der Regel bestimmten Parteien mit deren Auffassungen und Programmen zugeordnet sind.

Wenn ich glaube, ich müsste die Parteiprogramme alle kennen, ich müsste mich sehr genau bis ins Detail informieren über die Positionen in den einzelnen politischen Feldern, dann ist das eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Aber so geht der Großteil der Wählerinnen und Wähler – um die 90 Prozent – überhaupt nicht an eine Wahl heran. Die Menschen gehen an eine Wahl mit ihren persönlichen Einschätzungen und Präferenzen. Sie nehmen eine pauschale Bewertung vor und bilden sich ein pauschales Urteil. Das kann man schon im Alter von unter 18 Jahren.

Als Wählerin und Wähler muss ich abschätzen: Welche Alternativen und Positionen werden vorgetragen? Zu welcher neige ich? Wie verhalte ich mich entsprechend bei der Abgabe meiner Stimme? Das ist eine überschaubare Herausforderung. Es ist eine Anforderung an die Wahrnehmung, an den Intellekt, an das Urteilsvermögen. Ich würde sagen: Beim insgesamt sehr guten Bildungsstand, bei der Beschleunigung der Entwicklung durch verschiedenste Faktoren – auch durch den Zugang zu Medien schon im jungen Alter – ist das heute ab dem 12. Lebensjahr möglich. Wenn ich also ganz frei nur nach diesem fachlichen Kriterium entscheiden könnte, würde ich mit Fug und Recht sagen: Das Wahlalter sollte auf das 12. Lebensjahr gesenkt werden.

Wir sprechen jetzt vom aktiven Wahlrecht. Beim passiven Wahlrecht, also sich wählen lassen und als Kandidatin oder Kandidat auftreten, gelten noch ein paar andere Spielregeln. Beim Wahlvorgang, bei dem Wählerinnen und Wähler bestimmen, wie sich Parlamente zusammensetzen, würde ich das aktive Wahlrecht ab dem 12. Lebensjahr empfehlen. ►►

» Kritiker*innen sagen auch, gerade junge Menschen seien sehr beeinflussbar durch Eltern, Lehrer*innen, Medien, Freund*innen. Wie sehen Sie das?

Das stimmt. Natürlich ist man im Alter von 12 Jahren, wenn ich mal bei dieser von mir favorisierten Altersschwelle bleibe, ein Mensch, der kurz vor oder nach der Pubertät steht. Die persönliche Entwicklung zeigt eine starke Dynamik. Ich befinde mich körperlich, psychisch und damit auch intellektuell in einer erheblichen Umwälzungssituation. Das bedeutet: Ich bin darauf angewiesen, dass ich vor allem durch meine Eltern mit Rat und Tat unterstützt werde. Das gilt auch für politische Fragen. Und selbstverständlich gilt das dann auch für die Wahlentscheidung. Diese werde ich mit anderen diskutieren.

Wir wissen aus Untersuchungen, dass tatsächlich der Einfluss der Eltern auf die Wahlentscheidung der Kinder groß ist. Er liegt nicht – wie viele meinen – bei 100 Prozent. Er liegt so ungefähr bei 50 Prozent. In der Hälfte der Fälle entscheiden sich die Kinder genau für die Wahlpräferenz, die auch bei den Eltern vorherrscht. In der zweiten Hälfte der Fälle nicht. Wenn wir genauer hinschauen, sind auch andere Abhängigkeiten in anderen Alters- und Beziehungskonstellationen auffällig. Partner, vor allem auch Ehepartner, wählen sehr häufig identisch. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Menschen aus gleichen Berufsgruppen wählen häufig identisch. Es ist also nicht weiter überraschend, dass sich in einer bestimmten Lebenskonstellation mit bestimmten Netzwerken, Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern auch das Wahlverhalten angleicht.

Insofern würde ich das völlig undramatisch sehen. Wenn Kinder und Jugendliche tatsächlich etwa zur Hälfte so wählen, wie ihre Eltern, ist das ein ganz normaler Vorgang. Der hat nichts damit zu tun, dass ihr Votum nicht unabhängig ist. Sondern er hat damit zu tun, dass sie die Überzeugung haben, die Voten ihrer Eltern seien gut und nachvollziehbar. Hier eine Abhängigkeit hinein zu interpretieren, halte ich für abwegig.

Es liegt in der Natur des Wahlvorganges, dass ich mich absichere, dass ich mich anschließe an andere Meinungen. Das ist ein unvermeidlicher und ganz natürlicher Prozess. Deswegen kann man auch die Kritikerinnen und Kritiker fragen: Was gibt es denn für Alternativen dazu, dass es starke Überschneidungen gibt zwischen dem Wahlverhalten von Menschen, die sich nahestehen?

Übrigens, nicht zu vergessen: Oft beeinflussen auch – gerade jetzt ganz aktuell – Kinder und Jugendliche das Wahlverhalten ihrer Eltern. Wenn sie sich gerade für das Thema Umwelt sehr stark machen, dann werden sie auch auf ihre Eltern Einfluss nehmen. Das wissen wir aus Untersuchungen.

Gehen Sie davon aus, dass das politische Interesse der jungen Menschen zunimmt, wenn Kinder und Jugendliche ab 12 wählen könnten?

Alles deutet darauf hin. In dem Moment, in dem ich in der Lage bin, mich an einer Wahl zu beteiligen, fange ich an, mich stärker zu interessieren. Ich weiß ja: Es wird eine Entscheidung von mir verlangt, ich muss mich informieren. Wir haben konkrete Hinweise darauf bei der Kinder- und Jugendwahl U18 oder bei der Juniorwahl. An beiden können heute schon junge Leute unterhalb des rechtlichen Mindestwahlalters kurz vor den offiziellen Wahlen teilnehmen. Alle Untersuchungen zeigen genau diesen erwähnten Effekt: Allein die Teilnahme an einer solchen Wahl steigert das Interesse an Politik, an politischen Fragen, daran, welche Positionen welche Parteien vertreten. Ein Aktivierungseffekt ist eindeutig vorhanden.

Umgekehrt ist aber genauso wichtig: Wenn die Parteien wissen, dass die unter 18-Jährigen sich an der Wahl beteiligen, dann werden sie zwangsläufig anfangen, sich um deren Themen zu kümmern und sich auf deren Interessen, Fragen und Bedürfnisse einzulassen. Das wiederum hat dann einen stimulierenden und sich gegenseitig aktivierenden Effekt.

Also ganz klar: Eine Absenkung des Wahlalters würde das politische Interesse sowohl der Neuwählerinnen und Neuwähler als auch der Parteien deutlich beeinflussen.

Wenn junge Menschen unter 18 wählen dürfen, dann werden sie auch politisch ernster genommen?

Ganz genau. Wir wissen zusätzlich aus Untersuchungen, dass nicht nur dadurch politisches Interesse stimuliert wird. Es hängt auch von den Lebensbedingungen ab. Es ist noch etwas unklar, woran es liegt, dass derzeit die unter 20-Jährigen ein deutlich höheres politisches Interesse haben als die Älteren. Meine persönliche Vermutung ist, dass wir es hier mit folgendem Einflussfaktor zu tun haben, nämlich der beruflichen und »

► damit wirtschaftlichen Perspektive der Absicherung.

Es sind die über 20-Jährigen, die in einer deutlichen Unsicherheitsphase ihre Jugendzeit verbracht haben und es noch gar nicht richtig glauben können, dass sie nun eine echte Chance für ihre berufliche Perspektive haben. Denn sie sind aufgewachsen in Zeiten, in denen das sehr unsicher war – auch hier in Deutschland. In anderen europäischen Ländern ist bis heute die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch. Die Unsicherheit drückt auf das politische Interesse und die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Sie drosselt die politische Motivation, weil man sich sehr stark erst einmal um die wirtschaftliche Existenzsicherung kümmern muss und darum, ob man einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz bekommt.

Das fällt für die jungen Leute unter 20 weg. Meine persönliche

Vermutung ist, dass dies der Hauptfaktor dafür ist, was wir gerade erleben: ein besonders deutliches politisches Interesse in den jungen Generationen. Es scheint vielen ganz plötzlich zu kommen. Aber in Jugendstudien konnten wir schon erkennen, dass etwa seit 2003/2004 das politische Interesse deutlich und kontinuierlich nach oben gegangen ist.

Wenn in einer solchen Konstellation jetzt auch noch das Mindestwahlalter abgesenkt würde, dann hätten wir bei der heute jungen Generation tatsächlich einen erheblichen politischen Motivationsschub. ►

Quelle des Interviews:

www.dbjr.de/artikel/professor-klaus-hurrelmann-zu-wahlalterensenken/

U18-Bundestagswahl und politische Bildung im Landesverband Niedersachsen

Die U18-Wahl

Seit 1996 wird 9 Tage vor den Bundestagswahlen die sogenannte U-18-Wahl durchgeführt. Dabei handelt es sich um eine simulierte Wahl, bei der unter 18jährige Menschen an das Thema Politik herangeführt werden. In bundesweit über 1600 ehrenamtlich angebotenen Wahllokalen werden ihre Stimmen gesammelt und am Wahlabend ausgezählt. Durch den immensen Erfolg – zur Bundestagswahl 2017 wurden fast 220.000 Stimmen abgegeben – sind die Ergebnisse der U18-Wahl inzwischen auch bei den etablierten Parteien angekommen und erhalten so politisches Gewicht. Oft wird argumentiert, dass Minderjährige nicht in der Lage wären, sich direkt an demokratischen Prozessen wie Bundestagswahlen zu beteiligen. Diese Wahl zeigt, dass junge Menschen sehr wohl dazu in der Lage sind.

Das Projekt vor Ort

Wir führen die U-18-Bundestagswahl in Hannover dieses Jahr bereits zum zweiten Mal in Kooperation mit Integrierten Ge-

samtschulen und den dort tätigen Schulsozialarbeiter*innen durch.

Anstatt nur am offiziellen Wahltag, Freitag, den 17. September zu wählen, wird eine Wahlwoche durchgeführt. Dabei besuchen wir die Schulen jeweils einen Tag lang und bieten ein Wahllokal an.

Hier können die Schüler*innen in den Pausen oder während des Unterrichts ihre Stimme klassenweise abgeben. Der Ablauf wird immer wieder erläutert, die Wahlzettel ausgehändigt und natürlich auch auf die Einhaltung des Wahlgeheimnisses hinter einem Sichtschutz geachtet. Benötigte Materialien wie Wahlzettel, Zusammenfassungen der Wahlprogramme und Positionierungen der Parteien sind kostenlos auf der Homepage der U-18-Wahl verfügbar. Als besonders praktisch hat sich bewährt, die Wahlen mit mehreren Wahlurnen durchzuführen, so dass die einzelnen Schulen ihr eigenes Ergebnis nach der Wahl mitgeteilt bekommen können. Die Wahlurnen bleiben natürlich bis zum offiziellen Wahlende verschlossen. Mit tatkräftiger Unterstützung ehrenamtlicher Wahlhelfer*innen werden die Stimmen am Wahlabend ausgezählt und online gemeldet. ►►



Foto © DJO Landesverband Niedersachsen – Klasse bei der U18-Wahl

▲ Klasse bei der U18-Wahl

►► Wir organisieren wie auch bei der U-18-Wahl 2017 in unserem Jugendtreff „Inner Burg“ eine Wahlparty. Bei gemütlicher Atmosphäre und Snacks werden die bundesweiten Zahlen per Beamer an die Wand geworfen und über die aktuellen Entwicklungen und politische Themen diskutiert. Denn wie auch bei der realen Wahl sind die Zahlen nicht sofort verfügbar, sondern trudeln im Laufe des Abends erst nach und nach ein.

Politische Bildung im DJO - Landesverband Niedersachsen

Im KJHG heißt es: „In der Jugendarbeit werden Angebote gestaltet, die die Entwicklung junger Menschen fördern, (...) die sie zur Selbstbestimmung befähigen und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung anregen.“ Diese Aufgabe gehen wir in Niedersachsen ganz praktisch an. So wurden in den letzten Jahren bereits mehrere Diskussionsrunden mit Lokal- und Europapolitiker*innen veranstaltet, bei denen Kinder und Jugendliche in direkten Kontakt treten und Berührungspunkte zur Politik abbauen konnten. Auch in diesem Jahr soll es im Vorfeld der U-18-Wahl einen Abend geben, an dem wir die Möglichkeit bieten, mit den jugendpolitischen Sprecher*innen der Parteien zu diskutieren. Die Schaffung von Orten politischer Bildung, die niedrigschwellig von jungen Menschen erreicht werden, hat sich als ideale Methode erwiesen, Politik greifbar zu machen.

Ein gutes Beispiel für ein Angebot im Kindesalter ist die Spielstadt „Na?nnover“, die dieses Jahr bereits zum 15. Mal stattfinden wird. Eine Woche lang verwalten bis zu 100 Kinder täglich ihre eigene Stadt auf dem Gelände unserer Geschäftsstelle. Sie haben die freie Wahl zwischen 8 Workshops wie zum Beispiel dem Rathaus oder dem Bauhof. Sie stimmen selbst über (viele) Regeln ab, wählen paritätisch Bürgermeister*innen und können so demokratische Prozesse direkt erleben.

Natürlich findet politische Bildung auch in anderen Kontexten wie Jugendleiter*innenschulungen oder bei Freizeiten statt. Die U-18-Wahl liegt mir nicht nur als Fachvorstand für Jugendbeteiligung im Vorstand des Landesjugendringes Niedersachsen ganz besonders am Herzen, sondern sie ist eine Bereicherung unseres vielfältigen Verbandes und der Entwicklung junger Menschen. ▶

Informationen zur U-18-Wahl und zum eigenen Wahlbüro unter:
www.u18.org



Stefan Sievers
Bildungsreferent
DJO - Deutsche Jugend in
Europa Niedersachsen e.V.

Von der Wahl mitbestimmt, aber nicht wahlberechtigt – drei Interviews

Farahnaz vom djo-LV Sachsen-Anhalt

*Hallo Farah,
magst du vorab etwas über dich erzählen?*

Ich heiße Farah, komme aus dem Iran, wohne seit 7 Jahren in Deutschland, und bin beim Multikulturellen Zentrum tätig.

*Bis du in Deutschland wahlberechtigt und darfst
bei der Bundestagswahl wählen?*

Noch nicht, aber ich hoffe, dass ich in diesem Jahr meine Einbürgerung erhalte, sodass ich dann wählen kann.

Warst du in deinem Herkunftsland wahlberechtigt?

Ja, ich durfte wählen. Doch unser Regime machte immer nur zwei oder drei Angebote, die ich nicht wählen wollte.

Würdest du gerne wählen und wenn ja, warum?

Ja, sehr gerne. Ich denke, dass man immer sein Schicksal in der Gesellschaft in die Hand nehmen sollte, damit die Gesellschaft sich entwickeln kann.

Welche Themen sind dir wichtig?

Für mich ist die Allgemeinheit wichtig. Aber manche Punkte sind wichtiger z. B. Rassismus, Diskriminierung und Unterdrückung.

Welche Möglichkeiten nutzt du, um dich demokratisch zu engagieren?

Ich engagiere mich mit Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit und außerdem über die Medien.

Freust du dich, bald wählen zu dürfen?

Ja, weil man es in Deutschland mit Freiheit kann.



Wahlen im Iran

Im Iran finden kontrollierte Wahlen statt. Alle Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, müssen von einem religiösen Gremium, bestehend aus religiösen Führern des Landes, genehmigt werden. Oft schaffen es nur sehr wenige Kandidaten durch dieses Gremium, was für Unzufriedenheit bei den Bürger*innen führt. Seit 2021 ist der ultrakonservative Kleriker Ebrahim Raisi Präsident des Landes. Wahlberechtigt sind alle Iraner*innen ab dem vollendeten 17. Lebensjahr.





» Mohammad Mohammad vom djo-Landesverband Sachsen

Hallo Mohammad, magst du vorab etwas über dich erzählen?

Ich heiße Mohammad Mohammad, ich bin schon seit fünf Jahren hier in Deutschland und wohne in Freital. Ich komme aus Syrien, aber ich bin kein Syrer, ich bin Palästinenser. Das heißt, ich bin sozusagen als Geflüchteter geboren.

Bis du in Deutschland wahlberechtigt und darfst bei der Bundestagswahl wählen? Warst du in deinem Herkunftsland wahlberechtigt?

In Deutschland darf ich nicht wählen, weil ich hierher geflüchtet bin. In meinem Herkunftsland durfte ich auch nicht wählen, weil ich dort als Geflüchteter bezeichnet wurde.

Würdest du gerne wählen und wenn ja, warum?

Ja, ich würde gerne hier in Deutschland wählen. Vielleicht versuche ich dieses Jahr, einen Einbürgerungsantrag zu stellen, um die deutsche Nationalität zu bekommen. Das ist schon mein Traum seit ich Kind bin. Bisher ist er noch nicht in Erfüllung gegangen.

Welche Themen sind dir wichtig?

Gesellschaftliche Probleme wie Rassismus, Diskriminierung, Ungerechtigkeit, Antisemitismus sind wichtige Themen für mich.

Was muss sich deiner Meinung nach im Wahlsystem ändern?

Ich finde, dass alle Menschen, die von der Politik hier in Deutschland betroffen sind, auch wählen dürfen, allein einfach, weil sie von der Politik betroffen sind. Niemand sollte einfach über sie entscheiden, sie können selbst entscheiden und sollten an dem demokratischen Prozess teilnehmen.

Welche Möglichkeiten nutzt du, um dich demokratisch zu engagieren?

Ich arbeite schon seit 3 Jahren im djo-Landesverband Sachsen, wo wir viele Projekte anbieten, in denen sich Menschen engagieren können. Ich bin auch selbst ehrenamtlich bei verschiedenen Organisationen engagiert, damit ich unsere Stimme, die Stimme der Geflüchteten, weiterleiten kann, dass die Politiker*innen mit uns reden anstatt immer nur über uns zu reden. »

» Tilmann Nitschke aus der Bundesgruppe JunOst e.V.

*Hallo Tilmann,
magst du vorab etwas über dich erzählen?*
Ich heiße Tilmann, bin 17 Jahre alt und komme aus Leipzig.

*Bis du in Deutschland wahlberechtigt und darfst
bei der Bundestagswahl wählen?*
Da ich in Deutschland geboren wurde und noch vor den Bundes-
tagswahlen im September 2021 18 Jahre alt werde, bin ich wahl-
berechtigt.

Würdest du gerne wählen und wenn ja, warum?
Ich persönlich freu mich schon sehr, dieses Jahr das erste Mal rich-
tig bei der Bundestagswahl meine Stimme abgeben zu dürfen! Mir
ist das Recht wählen zu dürfen sehr wichtig, da ich nach folgender
Devise von Albert Einstein handeln möchte: „Probleme kann man
niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden
sind“. Ich bin mir sicher, dass ich durch die Abgabe meiner Stimme
am einfachsten etwas in Deutschland verändern kann.

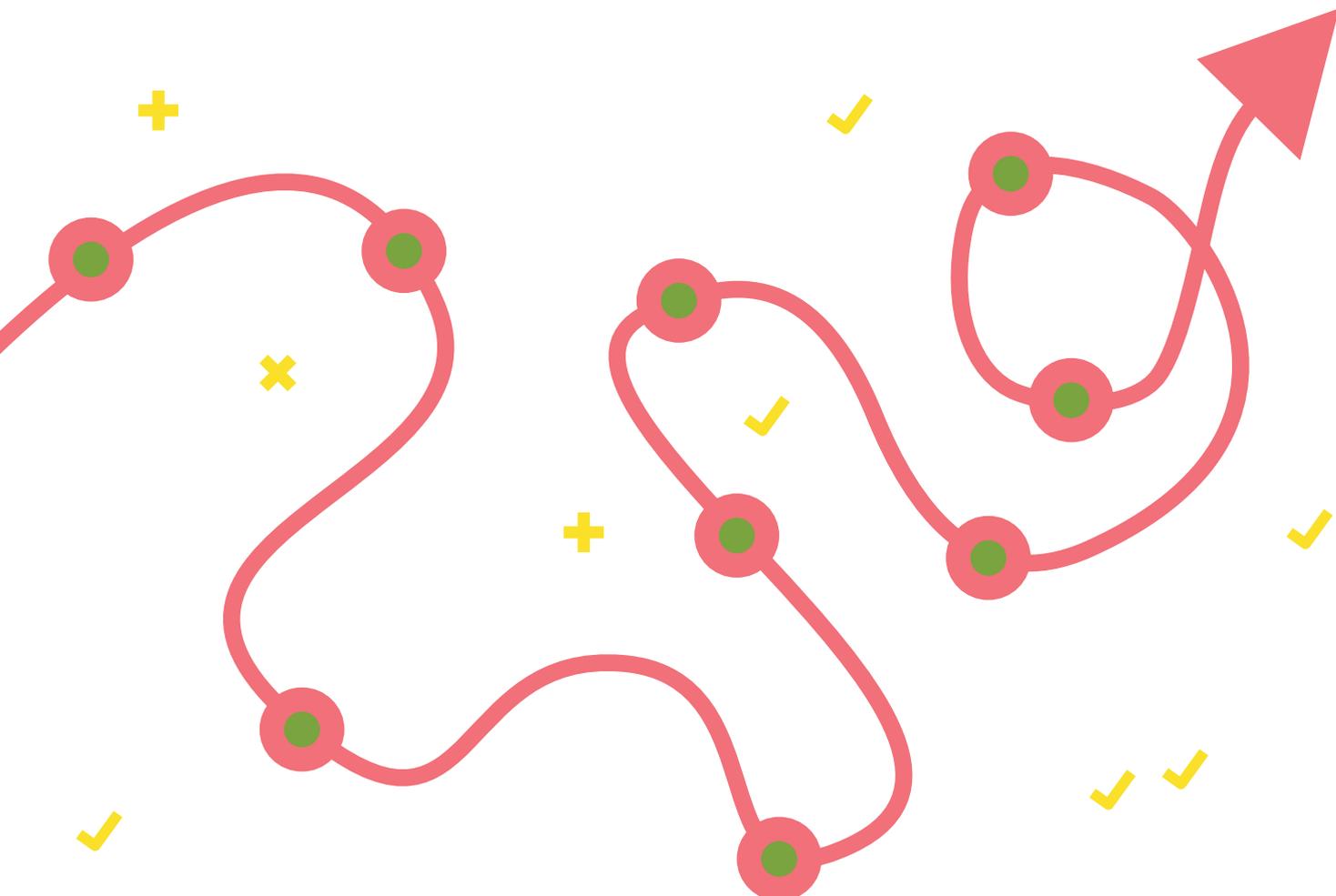
Welche Themen sind dir wichtig?
Bei der Partei die ich wählen würde wären mir drei bis vier Punk-
te im Programm besonders wichtig. Zum ersten, dass es wieder be-
zahlbaren Wohnraum in Deutschland gibt. Außerdem eine fairere

Verteilung des Geldes. Ich mache mir große Sorgen um das Thema
Geld, da man immer weniger für immer mehr Geld bekommt und die
Löhne nicht im selben Maß ansteigen. Zu guter Letzt ist mir noch
wichtig die Klimakatastrophe zu stoppen, die sich gerade auf dem
ganzen Planeten vollzieht. Nachfolgende Generationen können nur
so eine Zukunft haben.

Was muss sich deiner Meinung nach im Wahlsystem ändern?
Meiner Meinung nach ist das Wahlsystem grundsätzlich gut so wie
es jetzt ist. Ich wünsche mir aber eine Veränderung bei dem Wahl-
alter.

Wie stehst du zur Wahlberechtigung ab 16 Jahren?
Ich wünsche mir eine Herabsetzung auf das Alter von 16 Jahren, um
bei regionalen und überregionalen Wahlen mitwirken zu können.

Welche Möglichkeiten nutzt du, um dich demokratisch zu engagieren?
Ich freue mich sehr darüber, dass es bundesweit einige Angebote
zur Demokratiegestaltung gibt. Am meisten freue ich mich
immer auf die U18 Wahlen, die zu den gegebenen Anlässen einer
Bundestagswahl oder einer Landtagswahl stattfinden. Aber
auch die Schülersprecherwahlen verfolge ich gerne bis auf die
Landesebene mit. ▶



Warum ist Wählen eigentlich so wichtig? – 10 gute Gründe

Für die bevorstehenden Bundestagswahlen im September 2021 sind „nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes“¹ insgesamt ca. 60,4 Millionen Menschen in Deutschland wahlberechtigt.² Warum es so wichtig ist wählen zu gehen, egal ob politisch frustriert, engagiert, interessiert oder nicht, seht ihr hier:

1

Wählen zu dürfen ist ein Privileg und dein Recht: Durch den Artikel 20 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass jede_r Wahlberechtigte_r sich aktiv an der Demokratie beteiligen kann. Auf der Welt ist dies immer noch nicht überall möglich. Man sollte also diese Chance nutzen und nicht als selbstverständlich ansehen.

2

Jede Stimme zählt: Wer das Land regiert und das Volk vertritt kann von wenigen Stimmen entschieden werden. Das Machtgefüge der Parteien kann also durch deine Stimme maßgeblich beeinflusst werden. Deine Stimme ist gewichtig!

3

Wenn du nicht wählst, geht deine Stimme verloren: Wenn du beschließt, nicht wählen zu gehen, dann überlässt du anderen die Entscheidung, wer an die Macht kommt.

4

Deine Stimme kann vor Extremismus bewahren: Durch jede verlorene Stimme kann der Einfluss extremistischer Parteien gestärkt werden. Du kannst durch das Wählen also maßgeblich dazu beitragen, den Machtausbau extremer Strömungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu verhindern.

5

Nicht wählen stellt keinen Widerstand gegen eine andere Partei dar: Mit dem aktiven Wählen kannst du eine Partei mit deiner Stimme vor einer anderen begünstigen. Wählst du nicht, so fällt deine Stimme einfach weg und du setzt damit kein Zeichen gegen eine andere Partei.

Wählen zu dürfen ist ein Privileg und die Chance, unser demokratisches Deutschland aktiv mitzugestalten. Wir sollten sie nutzen!³

¹ www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html. 21.07.2021

² www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html. 21.07.21

Deine Stimme kann über die Zukunft entscheiden: Die gewählten Parteien gestalten mit ihren Entscheidungen maßgeblich deine Zukunft, dies wirkt sich langfristig vor allem auf junge Menschen aus. Wählst du nicht, so überlässt du dies anderen.

6

Du kannst die Politik aktiv mitgestalten: Viele alltägliche Belange werden von der Politik beeinflusst bzw. geregelt. Gehst du wählen, kannst du indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen.

7

Auch ein ungültiger Stimmzettel zählt: Mit einem ungültigen Stimmzettel zeigst du, dass dir die zukünftige Politik nicht egal ist und du durchaus bereit bist wählen zu gehen, dich aber mit keinem Parteiprogramm identifizieren konntest. Dieser Stimmzettel hat eher einen symbolischen Charakter.

8

Wählen zu gehen ist kein Zwang, es ist deine Pflicht: Eine geringe Wahlbeteiligung zeigt, dass es wenig politisches Interesse in der Bevölkerung gibt und könnte zu Wahlzwang führen. Es sollte jedoch kein Zwang, sondern eine Pflicht sein wählen zu gehen, denn nur so kann Demokratie funktionieren. Je mehr Menschen sich an der Wahl beteiligen, desto höher ist auch die Legitimierung der Regierung.

9

Mit deiner Stimme nimmst du Einfluss auf die Wahl des / der Bundeskanzler_in: Mit deiner Stimme wählst du eine Partei, die dann in den Bundestag einzieht. Diese stellt wiederum den/die Bundeskanzler_in auf. So nimmst du Einfluss auf die Wahl der/des Kanzlers_in.

10

³ <https://www.bundestagswahl-bw.de/warum-waehlen>. 21.07.21

HIPP, HIPP, HURRA!

Der djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. feiert in diesem Jahr sein 15-jähriges Jubiläum. D.h. seit 15 Jahren haben viele Menschen, ob hauptamtliche oder ehrenamtliche, durch ihre Arbeit zu einem gleichberechtigten, toleranten und solidarischen Zusammenleben in kultureller Vielfalt in Sachsen-Anhalt beigetragen. Sie haben die Selbstorganisation junger Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte unterstützt und sie darin bestärkt unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Durch die geleistete Bildungs-, Kultur und Integrationsarbeit wurden unzählige junge Menschen motiviert kritisch zu denken und eigene Wünsche zu formulieren. Schließlich wurden sie ermutigt, eigenen Ideen und

Ziele umzusetzen. Dieser Aufgabe werden wir uns auch in den kommenden Jahren weiter stellen, mit einem immer größer werdenden djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. werden wir auch zukünftig aktiv Stellung gegen Diskriminierung jeglicher Art beziehen und für eine vielfältige Gesellschaft eintreten. Insbesondere werden wir Partizipation auf allen Ebenen unseres Verbands fördern und jungen Menschen ermöglichen, sich einzubringen, mitzubestimmen und mitzugestalten.

Auch wenn es leider, bedingt durch die anhaltende COVID-19 Pandemie, kein großes Fest mit Rückblicken, Danksagungen, gutem Essen sowie Musik und Tanz geben kann, wollen wir all jenen

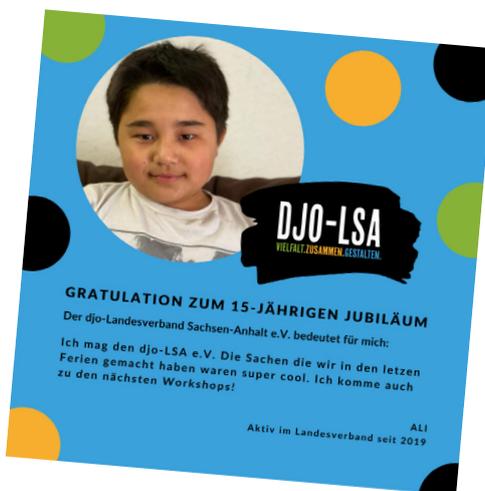
danken, die Teil des djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. sind.

Wir freuen uns euch mit unserer (Social Media) Kampagne „Gratulation zum 15-jährigen Jubiläum – der djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. bedeutet für mich“ die vielen tollen Menschen vorzustellen, die den djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. in den letzten 15 Jahren begleitet haben.

Mehr dazu findet ihr auf unserem Instagram-Account [djo_Lsa](#). ▶

Tanja Rußack

Geschäftsführende Bildungsreferentin
djo-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.



Akitu, das assyrische Neujahrsfest

In diesem Jahr digital, mit neuer Website und analoger Überraschung



Das assyrische Neujahrsfest, auch Akitu – auf Deutsch Gerste – genannt, ist eines der ältesten aufgezeichneten religiösen Feste der Welt. Es hat seinen Ursprung in der antiken sumerischen Zivilisation des südlichen Mesopotamiens und wurde Jahrtausende lang im gesamten antiken assyrischen Reich gefeiert. Die Menschen glaubten, dass dies der Zeitpunkt war, an dem der Schöpfungsakt stattfand. Akitu wird im 21. Jahrhundert noch immer von Assyrer*innen weltweit am 1. April gefeiert.

In diesem Jahr haben sich der Assyrische Jugendverband Mitteleuropas e.V. (AJM) und die Landesverbände des AJMs etwas ganz Besonderes überlegt, um dieses Fest in diesem schwierigen Jahr auch angemessen zu feiern: mit einer neuen Website! Pünktlich zum Neujahrsfest der Assyrer*innen wurde die neue Website akitu.online live geschaltet. Dort erfahrt ihr viel Spannendes zur Geschichte des Neujahrsfests, über die assyrische Kultur und wie Assyrer*innen Akitu heute feiern.

Trotz dessen, dass die Assyrer*innen heute überall auf der Welt verstreut sind, eint sie u. a. die Tradition und Feierlichkeit des Frühlings- und Neujahrsfestes Akitu. Dieses Jahr feiern sie das Jahr 6771. Obwohl es dieses Jahr nicht möglich war, dieses Fest ausgiebig im großen Rahmen zu feiern, kann zumindest im kleinen, familiären Umfeld und virtuell an die alte assyrische Tradition angeknüpft werden. So standen beim AJM eine Open Stage Veranstaltung, eine Painting Night und eine Quiz Night auf dem Programm. Die neue Podcast-Folge des AJMs drehte sich ebenfalls um das Thema Akitu

und wie es heute gefeiert wird. Das ist in verschiedenen Regionen ganz unterschiedlich, weswegen George und Maya bei dem Podcast auch wieder Gäste dazu geschaltet haben. Hört in die neue Folge rein und erfahrt, wer wie das neue Jahr gefeiert hat.



Hier geht's zum AJM Podcast



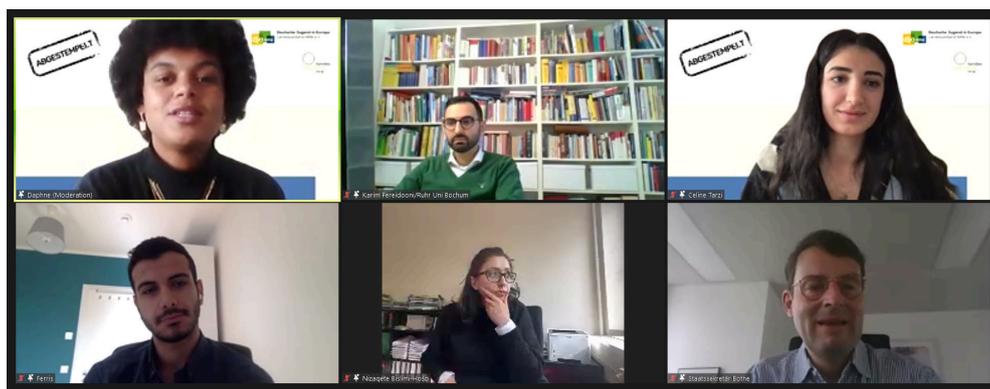
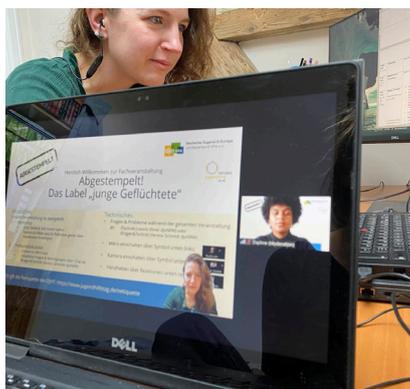
Hier geht's zur neuen Akitu-Website

Es blieb aber nicht nur bei einem rein digitalen Neujahrsgruß, um auch auf einem analogen Weg ein frohes Neues Jahr zu wünschen haben der AJM und der AJM NRW als Überraschung deutschlandweit Plakate geschaltet, um auf das assyrische Neujahr aufmerksam zu machen. Shato Brikhto / Sheta Brikhta! ▶

Katharina Mannel
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit,
djoNRW

Das Fachforum der djoNRW „Abgestempelt! Das Label „junge Geflüchtete“ auf dem DJHT 2021

Der 17. Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) fand in diesem Jahr als digitale Fachmesse statt. Rund 260 Aussteller*innen und mehr als 270 Fachveranstaltungen und -foren waren beim DJHT 2021 unter dem Motto „Wir machen Zukunft – jetzt!“ vertreten. Die djoNRW war ebenfalls mit einem gemeinsamen Stand mit dem djo-Bundesverband dabei und hat das Fachforum „Abgestempelt! Das Label ‚junge Geflüchtete‘“ in Kooperation mit dem Landesjugendring NRW ausgerichtet – eine gesellschaftlich drängende und spannende Podiumsdiskussion, die bis auf den letzten Platz ausgebucht war.



Beim DJHT erwartete die Besucher*innen eine fundamentale, politische, philosophische Podiumsdiskussion zum Thema Labeling und das Label „junge Geflüchtete“. Der Begriff soll einbinden, schafft aber neue Grenzen. Welche Türen öffnen sich mit gewählten und gegebenen Labels? Welche bleiben verschlossen? Die Jugendarbeit ist geprägt von Labels: Geflüchtete – Migrant*innen – Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung. Doch diese Zuschreibung können die jungen Menschen oftmals nur schwer wieder ablegen. Dabei soll der Empowermentansatz der Jugendverbandsarbeit sie dabei unterstützen, dieses Label abzuschütteln und unabhängig davon neue Rollen zu besetzen. Gleichzeitig muss die Jugendverbandsarbeit dem Label verhaftet bleiben – zum Beispiel um politische und finanzielle Förderung für die besonderen Bedürfnisse von jungen Geflüchteten einzuholen. Dadurch reproduziert sie diese ausgrenzende Benennung, welche auf das Merkmal „Flucht“ reduziert. Eben dieses Paradox wurde auf dem Podium mit Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Literatur und Jugendverbandsarbeit diskutiert.

Als Referent*innen konnten wir Andreas Bothe, Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Prof. Dr. Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum und Mitglied des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und Nizaqete Bislimi-Hošo, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Migrationsrecht und Autorin des Buches „Durch die Wand“ gewinnen. Die Perspektive der Jugendverbandsarbeit wurde durch Celine Tarzi und Ferris Thomas präsentiert, beide sind ehemalige Vorstandsmitglieder von „B’shayno. Willkommen. – und bleiben.“. Moderiert wurde die Diskussion von Daphne Sagner, Reporterin und Moderatorin des „Vierten Deutschen Fernsehen“ und Mitglied des Kollektiv-afrodeutscher Frauen*.

Doch bevor es in die Diskussion ging waren die Besucher*innen der Fachveranstaltung selbst gefragt ihre Labels etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. In einem interaktiven Teil mit der ►►

» Antirassismus-Trainerin ManuEla Ritz sollten die Teilnehmenden zunächst fünf Rollen und/oder gesellschaftliche Positionierungen aufschreiben, die sie in ihrem gegenwärtigen Leben haben. Jeweils auf fünf verschiedenen Zetteln. In einem nächsten Schritt wurden die Teilnehmenden gebeten, einen Zettel davon beiseite zu legen, dann noch einen, dann noch einen und dann noch einen – sodass am Ende nur ein Zettel übrig blieb – ein Label, eine Reduktion auf einen Begriff. Wie sich die Teilnehmenden dabei fühlten? Es fiel schwer wichtige Rollen wegzulegen, weil sie ein Teil der Identität sind und ausmachen, wer wir in unserer Ganzheit sind. Aber genau diese Reduktion spüren Personen, die nur auf ein Label reduziert werden tagtäglich.

Mit dieser Sensibilisierung ging es dann in die Podiumsdiskussion. Im Zentrum standen dabei Fragen wie: Wie lang ist eine junge geflüchtete Person eine solche und wann hört sie auf, eine zu sein? Gibt es eine Rolle „post-Flucht“? Wie kann es gelingen, besondere Bedürfnisse zu erkennen und zu berücksichtigen, dabei aber auf ein Labeling zu verzichten? Fragen, auf die bislang weder Politik, noch Gesellschaft, noch Jugendverbandsarbeit eine Antwort gefunden haben. Daher war diese Diskussion ein unglaublich wichtiger Schritt, um mit allen Akteur*innen gemeinsam zu diskutieren und für die Position des jeweils anderen zu sensibilisieren.

Die ständige Frage „Woher kommst du eigentlich?“ ist dabei oftmals schon Reduktion auf ein Label, das gerade die Geflüchteten kaum ablegen können. Wer entscheidet, wer Deutsche*r ist? Das Label Geflüchtete*r oder Migrant*in kann kaum abgelegt werden, weil es zu Vorurteilen und Vorverurteilungen aufgrund von Aussehen oder Namen kommt. Die beiden Ehrenamtlichen Celine und Ferris berichteten von dieser Erfahrung, wie sie diese Diskriminierung in Deutschland erlebt hat und sie das Label ‚junge Geflüchtete‘ nicht ablegen konnten und dies immer als Hürde empfunden haben und noch empfinden.

Wann hört es auf, dass junge Geflüchtete junge Geflüchtete sind? Klassifizierungen werden zu Hürden, die man zuvor nicht gespürt hat, zu gesellschaftlichen Hürden, die kaum überwunden werden können, so Nizaquete Bislimi- Hošo. Es muss sich noch vieles ändern in unserer Gesellschaft, auch wenn die Benennung und das Label zu einer Förderung benachteiligter Gruppen führt. Eine Gesellschaft sollte soweit sein, dass sie auch ohne die Klassifizierung und ohne das Labeling auskommt. Ein Spagat zwischen dem Sehen eines Bedarfs auf der einen und das Überwinden der Klassifizierung auf der anderen Seite.

Aus der Sicht des Staatssekretärs Andreas Bothe kann das Labeling auch positive Auswirkungen haben, sie kann identitätsstiftend für eine Gruppe sein, doch die negativen Folgen überwiegen, wenn man Labels nicht mehr ablegen kann. Er betonte, dass sich die Angebote des Förderprogramms des Ministeriums bewusst an junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte richten, um dieser Unterscheidung entgegenzuwirken. Jedoch ist es auf einer admi-

nistrativen Ebene notwendig mit Labels zu arbeiten. Warum muss bei Anträgen dort überhaupt ein Label stehen? Es gibt eine Notwendigkeit der Zuordnung im Haushalt eines Ministeriums, denn der Bedarf muss erkennbar sein. Die geschieht nicht mit einer diskriminierenden Absicht, aber leider mit diskriminierender Wirkung. Daraus ergab sich eine weitere zentrale Frage: Wie kann man diese Labels langfristig überwinden?

Damit befanden wir uns direkt in der Dilemma-Debatte des Labelings an sich, wie Prof. Dr. Karim Fereidooni sie nannte. Wir haben nicht alle die gleichen Zugänge und die gleichen Teilhabechancen und deshalb müssen bestimmte Gruppen gefördert werden. Doch wann muss ich im Sinne des Diskriminierungsschutzes bestimmte Gruppen fördern und wann muss ich sie gleich behandeln?

Der Umgang mit Strukturen der Ungleichheit und wo dort die Grenzen gezogen werden müssen, ist eine der schwierigsten pädagogischen Frage überhaupt, so Fereidooni. Können Labels abgeschafft und dennoch Chancenungleichheiten ausgeglichen werden? Wie können wir einen gesonderten Bedarf und eine ungleiche Ausgangslage deutlich machen, ohne Labels zu benutzen? Staatssekretär Bothe betonte dabei auch noch einmal die komplexe rechtliche Perspektive: Ungleiches darf nicht gleich behandelt werden, sondern muss ungleich behandelt werden, damit eine Gleichheit an Teilhabe und Chancen wiederhergestellt werden kann.

Wir haben auf dem Podium eruiert, wie eine empowernde Jugendverbandsarbeit möglich sein kann. Erste Lösungsansätze waren dabei, die Konnotation der Begriffe und Labels zu verändern, sich Begriffe zurückzuerobern und ihnen die negative Bedeutung zu nehmen. Ungleichheitssensibel zu agieren, z.B. in der Ausbildung der Lehrkräfte, die als Multiplikator*innen handeln. Jeder kann ein Stück dazu beitragen, dass Ungleichheit abgebaut wird. Menschen einen sicheren rechtlichen Rahmen geben, das Bleiberecht zu sichern und ihnen die Möglichkeit einer sicheren Perspektive geben.

So fasst es Celine auch sehr emotional am Ende der Diskussion zusammen: „Ich möchte eines Tages damit aufhören, Angst davor zu haben zu sagen, dass ich Syrerin bin, ohne aufgrund der Reaktion ergänzen zu müssen, dass ich eigentlich Armenierin bin. Ich möchte, dass diese Anpassung irgendwann nicht mehr nötig ist.“

Durch die Einbindung verschiedener Perspektiven während der Podiumsdiskussion wurden Probleme, Lösungsansätze und Erfahrungen und ihre Wirkungen aus den verschiedenen Bereichen der Politik, Wissenschaft und Jugendverbandsarbeit sichtbar gemacht. Es gibt noch viele unbeantwortete Fragen und einen langen Weg zu gehen, der aber notwendig ist, damit Chancengleichheit und Diskriminierungsschutz in der Gesellschaft verankert und gelebt werden kann. ▶

Katharina Mannel

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, djoNRW

Neue Wege mit alter Begeisterung

Mehr als zwei Jahre sind seit dem letzten Bundesjugendtag der Sudetendeutschen Jugend – Jugend für Mitteleuropa e.V. nun schon vergangen und es waren wahrlich ereignisreiche! Hierbei stellte die Coronapandemie natürlich die größte Herausforderung dar, erschwerte diese doch die Kernkompetenz und Lebenselixier der SdJ, nämlich Begegnung und kulturelle Aktivitäten ihrer ehrenamtlichen Mitstreiter. Doch trotz dieser erschwerten Bedingungen gelang es dem Verband, der seit November 2018 vom Psychologiedoktoranden Mario Hierhager aus Freising in Oberbayern angeführt wird, und seinen Mitgliedsgruppen die geliebte Arbeit mit modernen Mitteln am Laufen zu halten.

Auch wenn die Hoffnung groß ist, dass das Ende des Pandemietunnels bald erreicht wird, wurde nun schweren Herzens der ordentliche Bundesjugendtag online via Zoom abgehalten. Nach dem Hoffnungsschimmer im Sommer und Herbst 2020 wurde zu diesem ja bereits für den November (dem traditionellen Monat hierfür) in Präsenz am Heiligenhof eingeladen, musste aber eine Woche vor dem Termin durch die Allgemeinverfügung der Bayerischen Staatsregierung kurzfristig abgesagt werden. Mit Hilfe der Videokonferenz und eines digitalen Wahl-Tools konnten aber sämtliche notwendige Entscheidungen und Beschlüsse problemlos erledigt werden.

Die Teilnehmenden am digitalen Bundejugendtag deckten auch die große Spannweite der SdJ ab, Mitgliedsgruppen verschiedenster Arbeitsschwerpunkte waren zugeschaltet. Der Vorsitzende Mario Hierhager dankte für deren Arbeit und zeigte sich begeistert über die kreativen Maßnahmen während des Lockdowns. Der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzende der SL Bernd Posselt

war ebenfalls virtuell anwesend und sprach ein Grußwort an die Delegierten der SdJ. In Anlehnung an das Motto „Alles Leben ist Begegnung“ des Heiligenhofes lobte auch er das Engagement in diesen schwierigen Zeiten und betonte aber auch die Chancen, die aus der Krise erwachsen. Durch den Verzicht auf persönliche Treffen über ein ganzes Jahr hinweg werde die Sehnsucht danach immer stärker. Der persönliche Kontakt sei schließlich das Salz der Volksgruppe.

Aus den Mitgliedsgruppen folgten nun die Berichte über die Aktivitäten der letzten beiden Jahre. Besonders schwer trafen die coronabedingten Einschränkungen naturgemäß die Kulturgruppen, deren Brot und Butter schließlich Musik, Gesang und Tanz sind. Nicht nur, dass die Möglichkeit zum Üben fehlte, auch die Auftritte mussten reihenweise abgesagt werden. So wusste Wolfram Hader zu berichten, dass auch zahlreiche Auslandskonzerte von Moravia Cantat dem kulturellen Lockdown zum Opfer fielen, eben auch weil Grenzen geschlossen wurde. Gerade die Tatsache, dass grenzüberschreitende Aktionen unmöglich wurden, machte der SdJ schwer zu schaffen. Es wurden also Gesangs- und Tanzproben und auch dementsprechende Seminare via Videoschaltung abgehalten, völlig coronakonform und aerosolfrei. Auf diesem Wege konnten zumindest das Können erhalten und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden. Zielgruppenorientiert wurde auch viel in sozialen Netzwerken publiziert und auf die Lage im kulturellen Bereich aufmerksam gemacht. Die Aktion „2020 – (K)ein Jahr ohne Tracht“ der Egerlandjugend sei hier als Beispiel erwähnt.

Für den Vorstand der SdJ – Jugend für Mitteleuropa berichtete der Vorsitzende Mario Hierhager. Höhepunkt der Arbeit der

SdJ und derer Mitgliedsgruppen ist ja seit jeher der Sudetendeutsche Tag. Im Jahr 2019 fand dieser erstmals in Regensburg statt, ein neuer Ort, der natürlich die Mitarbeiter am Böhmisches Dorffest der SdJ vor neue Herausforderungen stellte. Dort ist auch immer die perfekte Möglichkeit die SdJ-Arbeit in ihrer gesamten Breite der Öffentlichkeit zu präsentieren, umso mehr schmerzte es, dass der ST 2020 ausfallen musste und 2021 nur in abgespeckter Form stattfinden kann. Im September 2019 fand die Jubiläumsfeier „70 Jahre Zeltlager Gaisthal, 30 Jahre neuer Zeltplatz Gaisthal“ statt. Der Oberpfälzer Wald ist ja durchaus als bayerisches Sibirien bekannt, dieser vorwinterliche Einbruch im September überraschte die Teilnehmer jedoch schon sehr, allerdings kamen dort dann die Urtugenden der SdJ besonders gut zu tragen, man rückte einfach viel enger zusammen und fand die Wärme in Gemeinsamkeit, guten Gesprächen und dem ein oder anderen Flascherl Bier. Besonders zu erwähnen ist auch die Verleihung der kulturellen Förderpreise der SL im Sudetendeutschen Haus, bei der unsere beiden Böhmerwäldler Musikvirtuosinnen Elisabeth und Stefanie Januschko ausgezeichnet wurden, eine Ehrung, die sie schon viel früher verdient gehabt hätten. Doch dann kam der erste Lockdown, allerdings kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. So wurde der abgesagte ST 2020 kurzerhand ins Internet verlegt und ein virtueller ST der SdJ auf Instagram veranstaltet. Der Zuspruch hierfür hat nicht wenige ziemlich überrascht. Doch auch in gedruckter Form wird vielschichtig über die Arbeit der SdJ und ihre Positionen verbreitet, da der Kreis der Leser des SdJ-Powidltascherls stetig steigt.

Im Anschluss an die Berichte fand auch die turnusgemäße Neuwahl des Vorstandes statt. Als Vorsitzender wurde ►►

» Mario Hierhager in seinem Amt bestätigt, genauso wie seine Stellvertreterin Stefanie Januschko, Musik- und Mathematikstudentin aus Frankfurt am Main, und der ehemalige Vorsitzende Peter Polierer aus Landshut als zweiter stellvertretender Vorsitzender. Neu im Amt als Schatzmeisterin ist die Physiotherapeutin Jennifer Neuberger aus Ellenberg. Die beiden langjährigen Beisitzerinnen Dorothea Hägele und Claudia Beikircher führen ihr Amt ebenfalls fort. Neu im Vorstand der SdJ ist der Bundesvorsitzende der Egerlandjugend Alexander Stegmaier aus Aalen. Marcus Baier aus Ergolding wird weiterhin als Geschäftsführer fungieren. Ihm gebührte auch der Dank für den reibungslosen Ablauf des digitalen Bundesjugendtages.

Somit war die erste Onlinemitgliederversammlung der SdJ zwar von Erfolg gekrönt, aber den Teilnehmern war der Wunsch anzusehen, dass es sich um eine einmalige Veranstaltung handeln möge. In Zukunft soll alles wieder althergebracht stattfinden, denn die persönliche Nähe fehlt in dieser Form schon massiv. So verwundert es auch nicht, dass man den geselligen Teil – sofern es die Situation und der Impffortschritt zulassen – im Sommer in Gaisthal nachholen will. Es gibt nämlich in der SdJ keinen perfekteren Ort für die Gemeinschaft als unser Fleckchen Heimat Gaisthal. Immer getreu dem Motto der SdJ „Mehr Gemeinschaft – mehr Verständnis“.

Haben Sie Interesse an der Arbeit der SdJ – Jugend für Mitteleuropa e.V. oder wollen Sie Mitglied werden? Alle aktuellen Informationen, natürlich auch sämtliche bis dato erschienenen Ausgaben der SdJ-Mitgliederpublikation Powidltascherl finden sie auf der Homepage www.sdj-online.de Wir freuen uns auf Ihren Besuch! ▶

Peter Polierer

*Sudetendeutsche Jugend –
Jugend für Mitteleuropa e.V.*





Die djo – Deutsche Jugend in Europa auf dem DJHT

Eigentlich sollte der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag 2021 – kurz DJHT – in diesem Jahr in Essen stattfinden, wurde dann aber ins Digitale verlegt. Gemeinsam mit der djoNRW hat der djo-Bundesverband den digitalen Messestand konzipiert und während der Messtage betreut. Wir hatten einige spannende Veranstaltungen: Am Messemittwoch fand gleich morgens die Fachveranstaltung „Abgestempelt! Das Label „junge Geflüchtete““ der djoNRW statt. Es folgten spannende

Fachkräftechats mit unseren Migrant_innenjugendselbstorganisationen. Bei JunOst ging es um das Thema „Digitale Formate – international und bundesweit“, mit AJM und AJM NRW konnten die Teilnehmer*innen über „Selbstbestimmtes Ehrenamt durch Empowerment“ diskutieren. Bei Amaro Drom ging es um „Bekämpfung von Antiziganismus“ und KOMCIWAN schloss mit dem Thema „Rassismuskritik und Sensibilisierung von Jugendlichen über die Jugendverbandsarbeit“. ▶



djo-Jugendkonferenz

Erinnerungskultur
in der Migrationsgesellschaft

07.10.2021 - 10.10.2021



djo-Jugendkonferenz

Vom 7.10.2021 bis zum 10.10.2021 findet die Jugendkonferenz zum Jahresthema in Berlin statt. Im Rahmen verschiedener Workshops beschäftigen sich die Teilnehmenden mit verschiedenen Aspekten des Themas Erinnerungskultur und halten die erarbeiteten Ergebnisse und gewonnenen Eindrücke auf kreative Weise fest. Das Ziel der Veranstaltung ist es, das Thema Erinnerungskultur aus der Jugendperspektive zu beleuchten und gleichzeitig die Diversität der Erinnerungslandschaft in der deutschen Migrationsgesellschaft sichtbar zu machen.

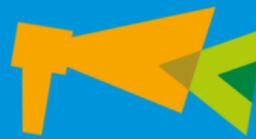
Außerdem feiern wir am 09.10. nochmal das djo-Jubiläum in Berlin. Wir freuen uns, wenn ihr mit dabei seid.

Kontakt und weitere Informationen:

Renata Gußmann

Referentin für Kulturelle Jugendbildung
djo – Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e.V.
Mail: renata-gussmann@djo.de
Tel: 030 / 446 77 8–24

www.djo.de



WIR REDEN MIT

Erinnerungskultur in der
Migrationsgesellschaft

Podiumsdiskussion im Digitalen
26. Oktober 2021, 17:00-18:30 Uhr

Wir reden mit!

Die nächste Veranstaltung unserer digitalen Diskussionsreihe „Wir reden mit“ findet am 26. Oktober von 17:00 bis 18:30 Uhr statt. Über den Livestream auf YouTube könnt ihr an der Diskussion teilnehmen, Fragen stellen und kommentieren. Das Thema unserer nächsten Veranstaltung lautet „Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft“.

Erinnern ist divers und kontrovers. Doch wer bestimmt eigentlich, was erinnert wird? Welche Erinnerungsdiskurse und Erinnerungsorte gibt es in Deutschland? Welche Erinnerungsdiskurse werden verdrängt? Wie wird mit kontroversen und konflikthaften Erinnerungen umgegangen? Wie müssen Erinnerungsdiskurse in der Migrationsgesellschaft neu gedacht werden? Darüber diskutieren Vertreter_innen aus djo-Mitgliedsorganisationen gemeinsam mit Akteur_innen aus der aktivistischen Zivilgesellschaft und der Politik.

Kontakt und weitere Informationen:

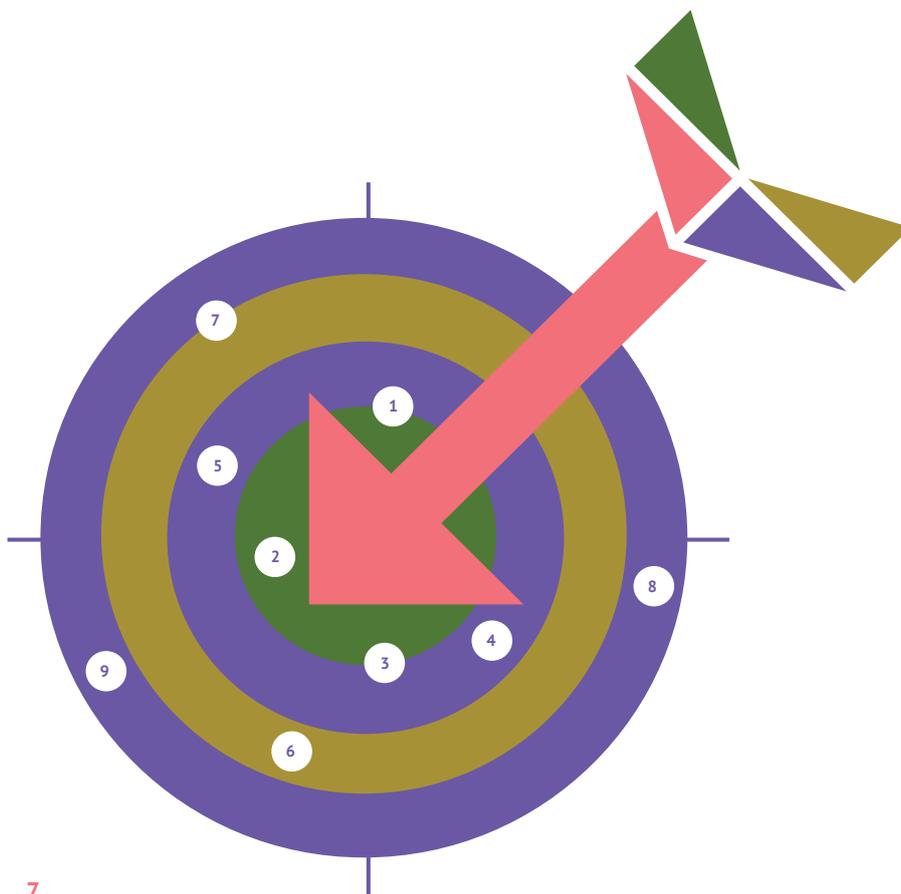
Hana Campos

Referentin für Internationalen Jugendaustausch
djo – Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e.V.
Mail: hana-campos@djo.de
Tel: 030 / 446 77 8–12

www.djo.de

Termine

1. 17.09.–19.09.2021
Wissen. Macht. Divers 3. Modul
in Bad Kissingen
2. 24.09.–25.09.2021
**Schulung zur Betroffenenerechten
Prävention und Intervention. 1. Modul**
online
3. 07.10.–10.10.2021
djo-Jugendkonferenz
in Berlin
4. 09.10.2021
djo-Jubiläumsfeier
in Berlin
5. 12.11.–13.11.2021
**Schulung zur Betroffenenerechten
Prävention und Intervention. 2. Modul**
online
6. 22.11.–28.11.2021
Trilaterale Juleica-Schulung
djo-Bildungsstätte Spukschloss Bahratal
7. 26.11.–28.11.2021
Wissen. Macht. Divers 4. Modul
in Remscheid
8. 10.12.–11.12.2021
**Schulung zur Betroffenenerechten
Prävention und Intervention. 3. Modul**
in Frankfurt
9. 18.02.2021–19.02.2022
**Schulung zur Betroffenenerechten
Prävention und Intervention. 4. Modul**
in Berlin



Hinweis zu gendersensibler Schreibweise in diesem Magazin: Wir achten auf gendersensible Sprache. Sowohl durch die Nutzung des Sterns („Gender-Star“), als auch des Unterstrichs („Gender-Gap“) soll ausgedrückt werden, dass alle Geschlechter mitgedacht und mitgemeint werden. Die Schreibweise obliegt den Autor_innen und variiert entsprechend.

Der PFEIL sowie auch unsere nationale und internationale Jugendarbeit werden gefördert vom:



Artikel, die mit Namen des Verfassers versehen oder gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar. Für unverlangt eingesendete Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden, eine Rücksendung ist nur bei ausreichendem Rückporto möglich. Kürzungen aus redaktionellen Gründen sind vorbehalten.

Die nächste PFEIL-Ausgabe erscheint voraussichtlich im Dezember 2021.

Nachdruck mit Quellenangaben und Zusendungen von Belegexemplaren gestattet.

Wir danken für die treue Leserschaft und für die journalistischen Beiträge.



Impressum

Das djo-Infomagazin „PFEIL“ erscheint im 70. Jahrgang

Herausgeber
djo - Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e. V.
Kuglerstraße 5, 10439 Berlin
Tel.: 030 – 446 778-0
Fax: 030 – 446 778-11
E-mail: info@djo.de
www.djo.de

Verantwortlich: Robert Werner
Redaktion: Catherine Knauf und Judith Sander
Grafische Umsetzung: Lina Khesina

Erscheint im Eigenverlag
der djo - Deutsche Jugend in Europa,
Bundesverband e. V.